



Europäische
Kommission



Die regionale und urbane Dimension der Krise

Achter Zwischenbericht über
den wirtschaftlichen, sozialen
und territorialen Zusammenhalt

Bericht der Kommission
Juni 2013

Regionalpolitik
und Stadt-
entwicklung

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden.***

Gebührenfreie Telefonnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(*): Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern
oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,
Server Europa (<http://europa.eu>).

Katalogisierungsdaten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2013

ISBN 978-92-79-32716-2

doi:10.2776/82272

Titelbild: © Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung

© Europäische Union, 2013

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF ELEMENTAR CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER (ECF)

Die regionale und urbane Dimension der Krise

**Achter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen,
sozialen und territorialen Zusammenhalt**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Hintergrund	7
2.1. Rückgang von BIP und Beschäftigungszahlen	7
2.2. Rückläufige Finanzierung auf nationaler oder subnationaler Ebene	7
2.3. Baugewerbe und verarbeitendes Gewerbe – die größten Verlierer der Rezession	8
2.4. Erholung bei Exporten	8
2.5. Rückgang bei ausländischen Direktinvestitionen	10
2.6. Steigendes Armuts- und Ausgrenzungsrisiko	10
3. Auswirkungen auf die Regionen	13
3.1. BIP und Beschäftigungszahlen der ersten drei Krisenjahre	13
3.2. Steigende Arbeitslosigkeit vor allem in südlichen Regionen	13
3.3. Abnahme der Migration	14
4. Auswirkungen auf die Städte	15
4.1. Großstadtregionen – gleichzeitig resistent und anfällig	15
4.2. Städte in der Krise	16
5. Kohäsionspolitik und Krise	18
Annexes	19

Vorwort

Der achte Fortschrittsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt beleuchtet die regionalen und urbanen Auswirkungen der Krise. Der Bericht wurde während der letzten Verhandlungstage über die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014-2020 verabschiedet. Der neue Zeitraum der Kohäsionspolitik läuft inmitten der Trümmer der schwersten Rezession der letzten 50 Jahre an, wobei einige Regionen und Länder auch 2014 noch mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung zu kämpfen haben werden.

Zwischen 2008 und 2012 hat die Arbeitslosenquote in vier von fünf EU-Regionen zugenommen. Darüber hinaus sank das BIP in zwei von drei Regionen zwischen 2007 und 2010. Die Auswirkungen dieser Krise zeigen sich sowohl in mehr als auch in weniger entwickelten Regionen. Deshalb nimmt das Ungleichgewicht zwischen den EU-Regionen heute nach einer langen Zeit der Konvergenz wieder zu. Die meisten Hauptstadtregionen werden mit der Krise besser fertig als die anderen Großstadtregionen. Die Herausforderung heißt nun, sicherzustellen, dass alle Regionen auf einen positiven Wachstumspfad zurückfinden.

Im weiteren Verlauf der Krise machen sich nun auch die Auswirkungen auf Armut und Ausgrenzung bemerkbar. Die Anzahl der von Armut und Ausgrenzung bedrohten Menschen ist seit Beginn der Krise deutlich angestiegen. Insbesondere die Anzahl der Menschen, die in einem Haushalt mit einer sehr niedrigen Erwerbsintensität leben, hat sich zwischen 2008 und 2011 um 4 Millionen erhöht. In den Städten ist die Anzahl der von Armut und Ausgrenzung bedrohten Personen zwischen 2008 und 2011 doppelt so stark angestiegen wie in anderen Gebieten. Dies war in den EU-15, wo bereits vor der Krise in den Städten mehr Menschen von Armut und Ausgrenzung betroffen waren, besonders deutlich.

Durch die nächste Runde der kohäsionspolitischen Programme sollte sichergestellt werden, dass ihre Investitionen das Maximum zum Überwinden der Auswirkungen der Krise in unseren Regionen und Städten beitragen.

Um das Meiste aus den Programmen herauszuholen, müssen sowohl der richtige institutionelle und wirtschaftliche Kontext gegeben sein als auch die besten Projekte ausgewählt werden. Deshalb möchte die Kommission vermehrt in die Verbesserung der Verwaltungskapazität investieren; darüber hinaus hat sie die Kohäsionspolitik an die weitere wirtschaftspolitische Steuerung der EU gekoppelt, um die Bedingungen für das Wachstum zu stärken. Was die besten Projekte sind, hängt von der jeweiligen Region oder Stadt ab, sie werden jedoch oft Maßnahmen zur Förderung von Innovation, Bildung, Ausbildung, Unternehmertum und des Zugangs zu Finanzmitteln enthalten.



Johannes Hahn

*Mitglied der Europäischen Kommission,
zuständig für Regionalpolitik*



László Andor

*Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig
für Beschäftigung, Soziales und Integration*

1 Einleitung

Der Programmplanungszeitraum für die Kohäsionspolitik beginnt im Jahr 2014 in den Nachklängen der schlimmsten Rezession der letzten fünfzig Jahre. Die Krise hat den Konvergenzprozess bei regionalem Pro-Kopf-BIP und Arbeitslosigkeit in der EU umgekehrt. Die Herausforderung besteht nun darin, zu starkem Wachstum zurück zu finden, vor allem in den weniger entwickelten Regionen und Städten.

Zur Unterstützung der anstehenden Programmverhandlungen werden in diesem Bericht krisenbedingte Veränderungen hervorgehoben, die den Kontext und die Prioritäten der neuen Programme beeinflussen werden. Im Bericht wird zunächst ein Überblick über die wichtigsten nationalen Entwicklungen gegeben. Anschließend werden die Auswirkungen der Krise auf die Regionen und Städte sowie die wachsenden Ungleichheiten beleuchtet. Zuletzt wird dargelegt, wie sich das veränderte Wirtschaftsumfeld auf die künftigen Kohäsionsprogramme auswirken wird, und die Bedeutung einer starken thematischen Konzentration unterstrichen.

Vorläufer dieses Berichts ist der Siebte Zwischenbericht aus dem Jahr 2011; im Jahr 2014 wird ferner der Sechste Kohäsionsbericht veröffentlicht. In Letzterem werden – im Gegensatz zum vorliegenden Bericht – auch Themen wie Innovation, Klima und Umwelt behandelt.

2 Hintergrund

2.1. Rückgang von BIP und Beschäftigungszahlen

Im zweiten Quartal 2008 geriet die EU in eine Rezession, die fünf Quartale lang anhielt. Seit dem Konjunkturabschwung verlief das BIP-Wachstum insgesamt schleppend. Das BIP der EU schrumpfte im letzten Quartal 2011 erneut, ebenso in den ersten beiden und dem letzten Quartal 2012. Sinkt das BIP auch im ersten Quartal 2013, so liegt eine Dreifachrezession vor.

Die allgemeinen Folgen der Krise für BIP und Beschäftigung zwischen 2007 und 2012 waren in den drei Baltenstaaten, Irland, Griechenland und Spanien am deutlichsten zu spüren (siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Abbildung 1). Die Baltenstaaten und Irland konnten 2010 bzw. 2011 wieder ein Wachstum verzeichnen, das bis 2014 anhalten soll.

Spanien und Griechenland dagegen haben noch nicht zu einem kontinuierlichen Wachstum zurückgefunden. Spanien befand sich zwar 2011 im Aufwärtstrend, im Jahr 2012 schrumpfte das BIP jedoch. Die vorläufigen BIP-Wachstumsraten für Griechenland zeigen eine Fortdauer und Verschärfung der Rezession. Das dortige BIP sank 2011 und 2012 um etwa 7% und könnte erst 2014 wieder steigen.

Darüber hinaus befand sich Zypern 2012 in einer Finanzkrise, die zu einem starken Rückgang von BIP und Beschäftigung führte und noch bis 2014 andauern dürfte.

Im Gegensatz hierzu verzeichneten neun Mitgliedstaaten eine relativ leichte Rezession, oder wie in Polen lediglich ein langsames Wachstum.

2.2. Rückläufige Finanzierung auf nationaler oder subnationaler Ebene

Die Wirtschafts- und Finanzkrise führte auf viererlei Arten zu einem deutlichen Anstieg der Staatsverschuldung insgesamt (siehe Faktenblatt 1): Erstens: Mehrere nationale Regierungen griffen dem Finanzsektor mit einer Bankenrekapitalisierung und Vermögensübertragungen unter die Arme. Zweitens: Die nachlassende Wirtschaftstätigkeit führte zu sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben (z. B. Arbeitslosenleistungen). Drittens: Die Regierungen nahmen Konjunkturpakete zur Ankurbelung der Nachfrage an. Viertens: Die Schuldenquote wird auch durch geringes BIP-Wachstum nach oben geschraubt.

Als Ergebnis hiervon stieg die Staatsschuldenquote in der EU zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem vierten Quartal 2012 sprunghaft von 59% auf 85% an. Der nationale Anstieg war in Irland (90 Prozentpunkte), Portugal (56 Prozentpunkte), Griechenland und Spanien (jeweils 49 Prozentpunkte) am deutlichsten. Die Mitgliedstaaten, die in Not geratene Banken in Not aufgekauft haben, können unter Umständen ihre Schulden verringern, indem sie die verbleibenden Vermögenswerte der Banken veräußern, deren Wert bleibt jedoch ungewiss.

Hohe Staatsschulden können Zweifel daran wecken, ob eine Regierung in der Lage ist, ihre Schulden langfristig auch zu bedienen. Dies kann zu höheren Zinssätzen und Zahlungen führen. Die höheren Steuern, die zur Bedienung der Schulden vonnöten sind, wirken möglicherweise als Wachstumsbremse.

Im Zeitraum 2011-2013 leiteten viele Mitgliedstaaten eine Haushaltskonsolidierung ein, die vor allem Ausgabenkürzungen umfasste (1,5% des EU-BIPs im Jahr 2011 im Vergleich zu 2010). Insbesondere wachstumsfreundliche Ausgaben wurden gekürzt. Daher werden die öffentlichen Investitionen (hier: Bruttoanlageinvestitionen) als Anteil des BIP in 18 Mitgliedstaaten 2013 geringer ausfallen als 2011. Diese Einsparungen können sich auf das mittelfristige Wachstum auswirken.

Die Staatsverschuldung betrifft nicht alle Länder gleichermaßen. In Estland betragen die öffentlichen Schulden lediglich 10% des BIP. Nur in 13 Mitgliedstaaten liegt die Staatsverschuldung unter 60% ihres BIP: in den drei nordischen Mitgliedstaaten, in Luxemburg und in neun der zehn mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten. Die Krise wirkt sich auf zweierlei Art auf die nachgeordneten Regierungsebenen aus: Erstens: Die Krise führte zu sinkenden Steuereinnahmen und zu Steuererleichterungen zur Ankurbelung des Wachstums. Zweitens: Die Krise hat den lokalen Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen und Sozialschutzmaßnahmen erhöht und so höhere öffentliche Ausgaben verursacht.

Die Haushaltskonsolidierung setzt die Haushalte der nachgeordneten Regierungsebenen unter Druck. Sie verzeichnen noch immer höhere Sozialausgaben und müssen die Ausgaben senken und die Einnahmen erhöhen. Ihre finanziellen Schwierigkeiten können die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen beeinträchtigen.

Durch eine wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung könnte gewährleistet werden, dass der Schuldenabbau bei der Zentralregierung nicht durch einen Schuldenanstieg bei den nachgeordneten Regierungsebenen kompensiert würde. Dieser koordinierte Schuldenabbau sollte ferner sicherstellen, dass wachstumsfördernde öffentliche Investitionen – wie die im Rahmen der Kohäsionspolitik kofinanzierten – erhalten bleiben.

2.3. Baugewerbe und verarbeitendes Gewerbe – die größten Verlierer der Rezession

Zwar nahm die Krise ihren Anfang in der Finanz- und Versicherungsbranche, doch verzeichnete dieser Wirtschaftsbereich 2011 in etwa dieselbe Bruttowertschöpfung und Beschäftigung in der EU wie 2007. In den sechs am stärksten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten sank die Beschäftigung in dieser Branche zwischen 2007 und 2011 allerdings um 1 % und die Bruttowertschöpfung um 1,8 % pro Jahr (siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Abbildung 2).

Zwischen 2007 und 2011 schrumpfte in der Europäischen Union sowohl die Bruttowertschöpfung als auch die Beschäftigung im Baugewerbe um 3 % pro Jahr. In den sechs Mitgliedstaaten, in denen die Auswirkungen der Rezession am deutlichsten zu spüren waren, lag der Rückgang gar zwischen 10 und 20 % pro Jahr bei der Beschäftigung und zwischen 6 und 20 % bei der Bruttowertschöpfung.

Dieser drastische Abfall im Baugewerbe hängt mit der Immobilienblase und dem späteren Einbruch der Immobilienpreise in einigen Mitgliedstaaten zusammen. Zwischen 2007 und 2012 fielen die Immobilienpreise in Irland⁽¹⁾ Lettland und Estland um 30 % bis 50 % (siehe Faktenblatt 2). Portugal verzeichnet bislang einen Rückgang von 9 %. Für Griechenland zeigen die Eurostat-Zahlen zwischen 2007 und 2010 einen leichten Anstieg, doch deuten andere Quellen⁽²⁾ darauf hin, dass die Preise seit 2010 fallen. Allgemein kann ein weiterer Rückgang nicht ausgeschlossen werden.

Das verarbeitende Gewerbe musste zwischen 2007 und 2011 einen Rückgang von mehr als 2 % pro Jahr verkraften. In den sechs am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten lag der jährliche Rückgang im Durchschnitt bei knapp 5 %. Die Bruttowertschöpfung ließ lediglich um 0,9 % nach. Die Veränderungen bei der Bruttowertschöpfung waren unterschiedlich

stark; die stärksten Einbußen in diesem Zeitraum gab es in Griechenland (6 %) und Finnland (5 %), die stärksten Zuwachsraten in der Slowakei (8 %) und Irland (4 %) (siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Abbildung 3). Der Abschwung im verarbeitenden Gewerbe hing eng mit dem Rückgang im Handel zusammen.

2.4. Erholung bei Exporten

Als Folge der Krise kam es zu einer Verknappung bei den Krediten Mangelware, was Investitionen und Konsum bremste. Dies führte zu nachlassendem Warenhandel, sodass die Rezession schnell auf wichtige Handelspartner übergriff und weitere Einkommenseinbußen und/oder Arbeitsplatzverluste zur Folge hatte. Obwohl die Erweiterung von 2004 den EU-Handel angekurbelt hatte, kam es infolge der Krise dennoch zu einem abrupten Abfall (siehe Abbildung 1).

Die Exporte stiegen 2008 weiter, wenn auch viel langsamer, doch das Wachstum bei den Importmengen ging gegen Null. Im Jahr 2009 sanken Ausfuhren und Einfuhren um 15 % auf in etwa das Niveau von 2005.

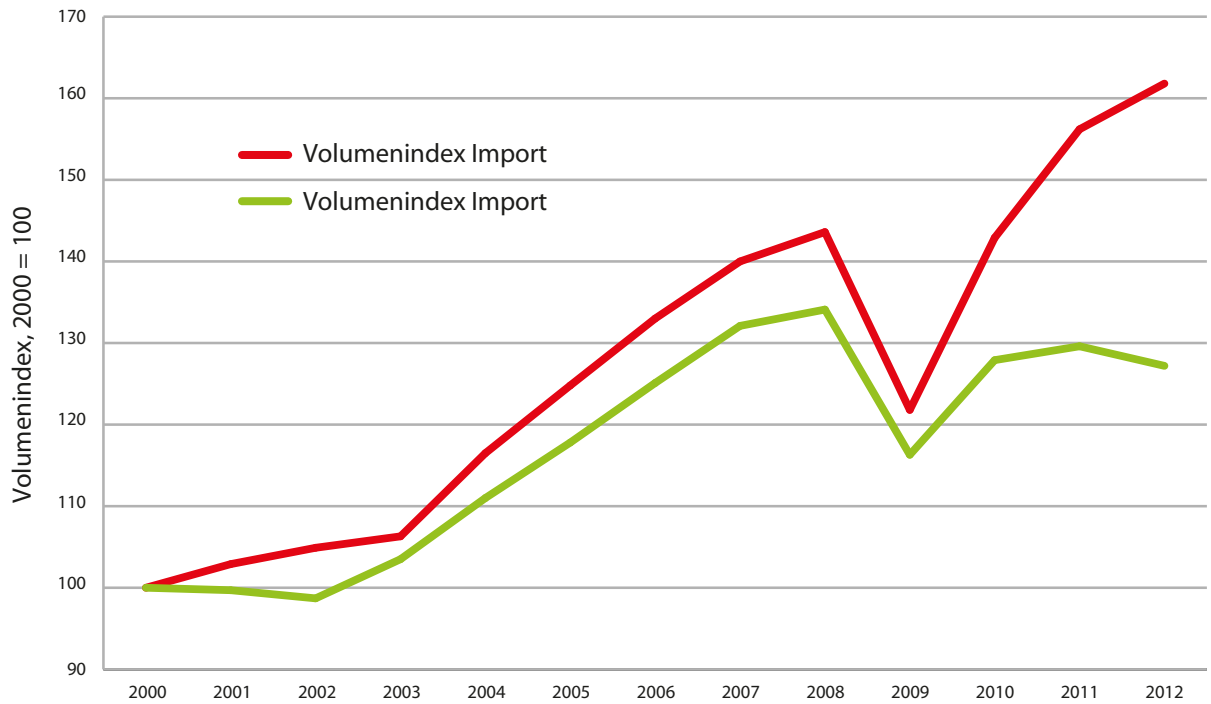
Die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten mussten den stärksten Rückgang bei den Importen hinnehmen (siehe Faktenblatt 3). Die meisten der Länder, die nach 2004 der EU beigetreten sind, erlebten gerade eine Zeit großen Wirtschaftswachstums mit hohen Investitionen und hohem Konsum, bevor sie von der Krise betroffen waren.

In den westlichen Mitgliedstaaten sanken die Exporte stärker als die Importe, da – zumindest anfänglich – der inländische Verbrauch und die inländischen Investitionen von der Krise weniger betroffen waren. Der weltweite Rückgang der Nachfrage führte zu einem Rückgang der Exporte und damit zu einer rückläufigen Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Erfreulicherweise erholten sich die Ausfuhren schnell und erreichten 2010 in etwa das Niveau von 2007. Allerdings sind die Auswirkungen des abrupten Exporteinbruchs auch weiterhin auf dem Arbeitsmarkt spürbar.

1. 2007-2010

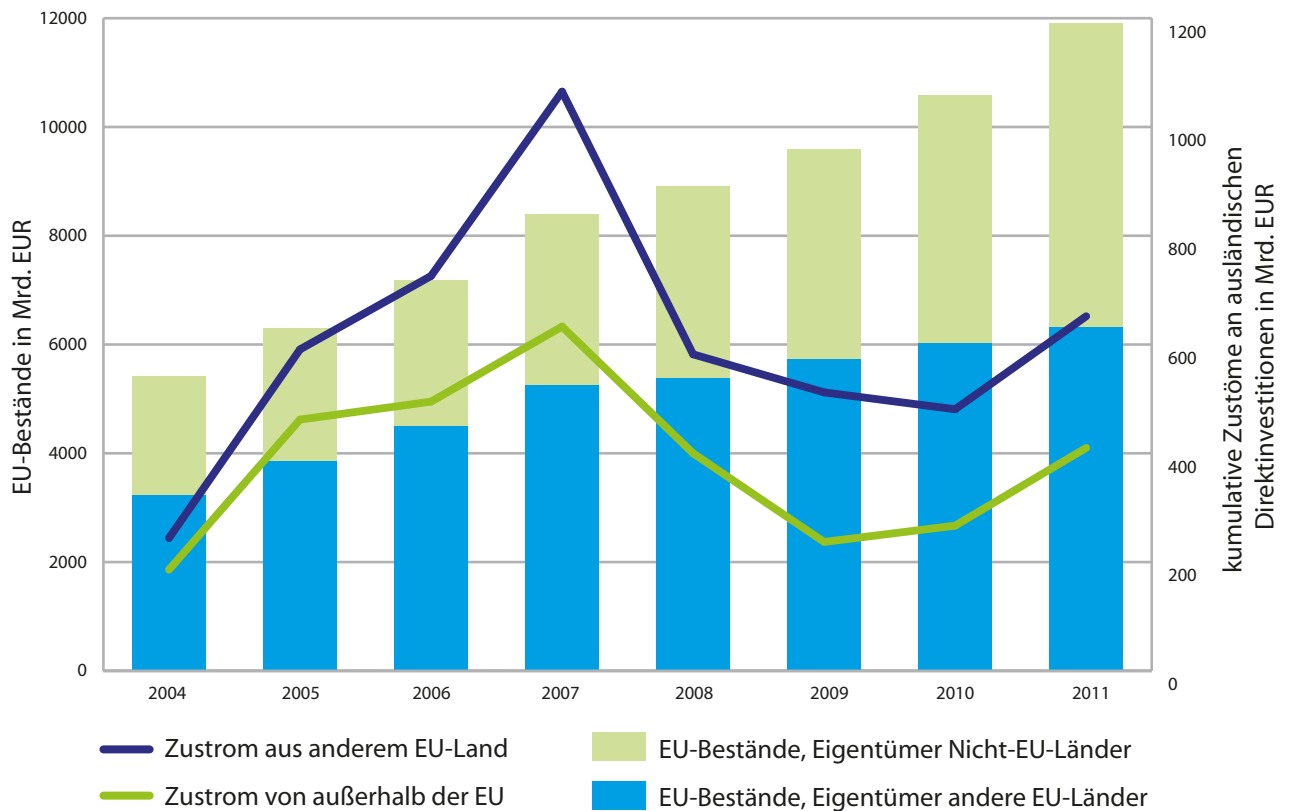
2. Economist Housing Index.

Abbildung 1: Veränderungen des EU-Handelsvolumens, 2000-2011



Quelle: Eurostat

Abbildung 2: Ausländische Direktinvestitionen in der EU, 2004-2011



2.5. Rückgang bei ausländischen Direktinvestitionen

Infolge der Krise gingen die ausländischen Direktinvestitionen rasch zurück. Viele ausländische Investoren leiteten die vorhandenen Mittel zurück in „Mutter“-Unternehmen. Der EU-Beitritt hat den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten den Zugang zu ausländischen Direktinvestitionen dank Binnenmarkt und Übernahme des Besitzstandes erleichtert. Die ausländischen Direktinvestitionen können zu Effizienzgewinnen, dem Transfer innovativer Technologien und einer höheren Produktivität in den Empfängerländern beitragen. Daher spielen sie in den weniger entwickelten Mitgliedstaaten bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Modernisierung der Volkswirtschaften eine wichtige Rolle.

Der Zustrom ausländischer Direktinvestitionen aus anderen Mitgliedstaaten und von außerhalb der Europäischen Union stieg zwischen 2004 und 2007 schnell an. Der Zustrom der Investitionen vervierfachte sich zwischen 2004 und 2007 (siehe Abbildung 2). Er sank zwischen 2008 und 2009, als sich die globale Kreditsituation verschlechterte. Der Tiefststand von 2010 entsprach dem Niveau von 2004. Im Jahr 2011 nahmen die Ströme wieder zu.

Die ausländischen Direktinvestitionen zeigen nicht den Bestand ausländischer Investitionen an. Die Bestände, die in anderen Ländern gehalten werden, stiegen zwischen 2004 und 2007 um fast 60 % an. Diese Entwicklung hat sich nie umgekehrt. Bis zum Jahr 2011 waren die vom Ausland gehaltenen Bestände mehr als doppelt so hoch wie 2004.

In manchen EU-Ländern sind die Zuströme ausländischer Direktinvestitionen eine wichtige Kapital- und Investitionsquelle. Beispielsweise lagen die Nettozuströme ausländischer Direktinvestitionen als Anteil am BIP zwischen 2005 und 2007 in Bulgarien, Malta, Belgien und Estland durchschnittlich zwischen 15 % und 23 %. Die Krise führte in zehn mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten zu einer schnellen Abnahme der Zuströme ausländischer Direktinvestitionen.

Sie lag zwischen den Zeiträumen 2005-2007 und 2008-2010 bei 1,5 % bis 6 % des jeweiligen BIP; nur in Bulgarien allerdings bei 12 % des BIP (siehe Faktenblatt 4).

2.6. Steigendes Armuts- und Ausgrenzungsrisiko

Auf EU-Ebene waren infolge der Krise mehr Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Zwischen 2009 und 2011 stieg der betroffenen Bevölkerungsanteil um einen Prozentpunkt. Alle drei Komponenten (Armutsgefährdungsrate, erhebliche materielle Deprivation und äußerst niedrige Erwerbsintensität) steigen ebenfalls an, vor allem die äußerst niedrige Erwerbsintensität (siehe Abbildung 3.). Dies dürfte sich in der Zukunft stärker auswirken, da die Krise noch nicht überstanden ist und es dauert, bis die Folgen spürbar sind.

Die Auswirkungen auf das Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko war in den sechs am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten am höchsten, und auch in Italien und Bulgarien beträchtlich. Manche der großen Mitgliedstaaten konnten allerdings – wie Deutschland und das Vereinigte Königreich – nur einen geringen Anstieg oder – wie Polen und Rumänien – gar einen leichten Rückgang des Armuts- und Ausgrenzungsrisikos verzeichnen.

Infolge der Krise mussten viele Menschen wegen des Verlusts ihres Arbeitsplatzes oder Kürzungen bei Arbeitszeit oder Arbeitsentgelt niedrigere Einkommen hinnehmen. In den sechs am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten sank das reale berechnete verfügbare Bruttoeinkommen nach der Krise erheblich (siehe Abbildung 4).

In den Baltischen Staaten stieg das reale berechnete verfügbare Pro-Kopf-Haushaltseinkommen zwischen 2005 und 2008 schnell an und brach dann ein. In Lettland schrumpfte das verfügbare Einkommen im Jahr 2009 um beinahe ein Fünftel. Seit 2010 verzeichnete es wieder in allen drei Mitgliedstaaten einen Anstieg, erreichte allerdings noch nicht das Vorkrisenniveau.

Abbildung 3: Armut und soziale Ausgrenzung in der EU, 2005-2011

Anteil der EU-Bevölkerung	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
armuts- oder ausgrenzungsgefährdet	25,6	25,2	24,4	23,5	23,1	23,4	24,2
armutsgefährdet	16,4	16,5	16,5	16,4	16,3	16,4	16,9
äußert geringe Erwerbsintensität*	10,3	10,5	9,6	9,0	9,0	10,0	10,0
erhebliche materielle Deprivation	10,7	9,8	9,1	8,4	8,1	8,1	8,8

* Bevölkerung im Alter von 0 bis 59 Jahre
Quelle: Eurostat

Abbildung 4: Reales berechtigtes verfügbares Pro-Kopf-Bruttohaushaltseinkommen, 2005 2011

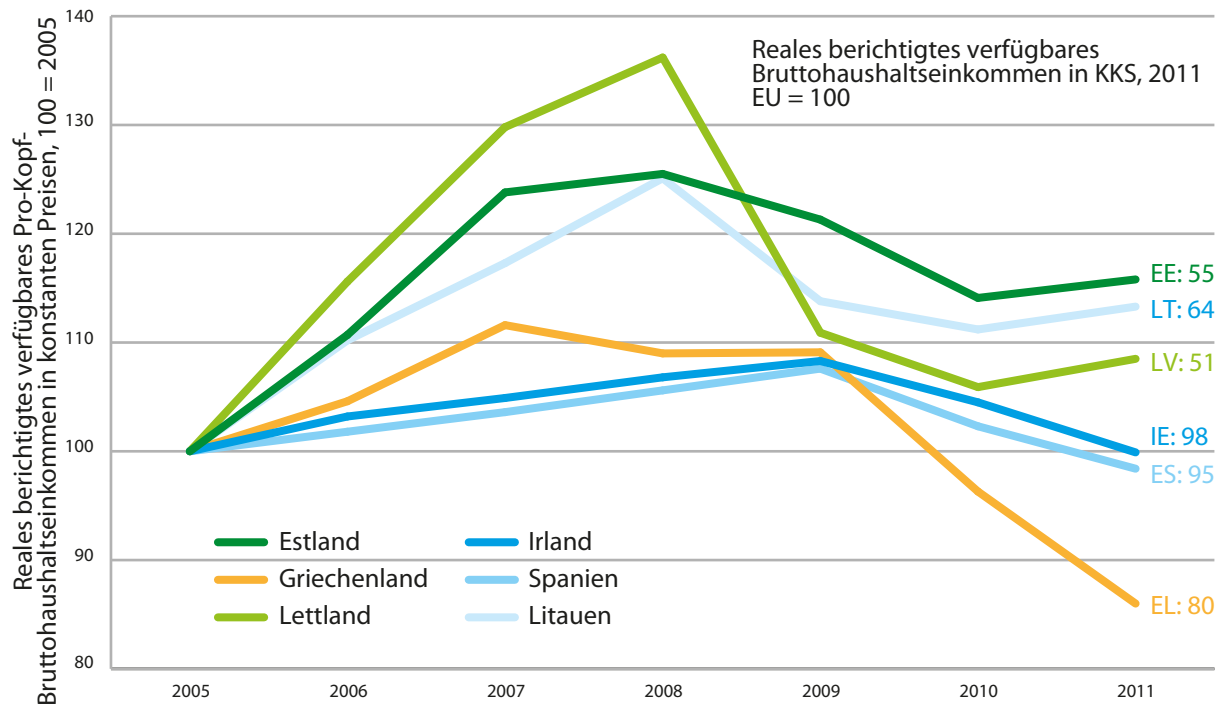
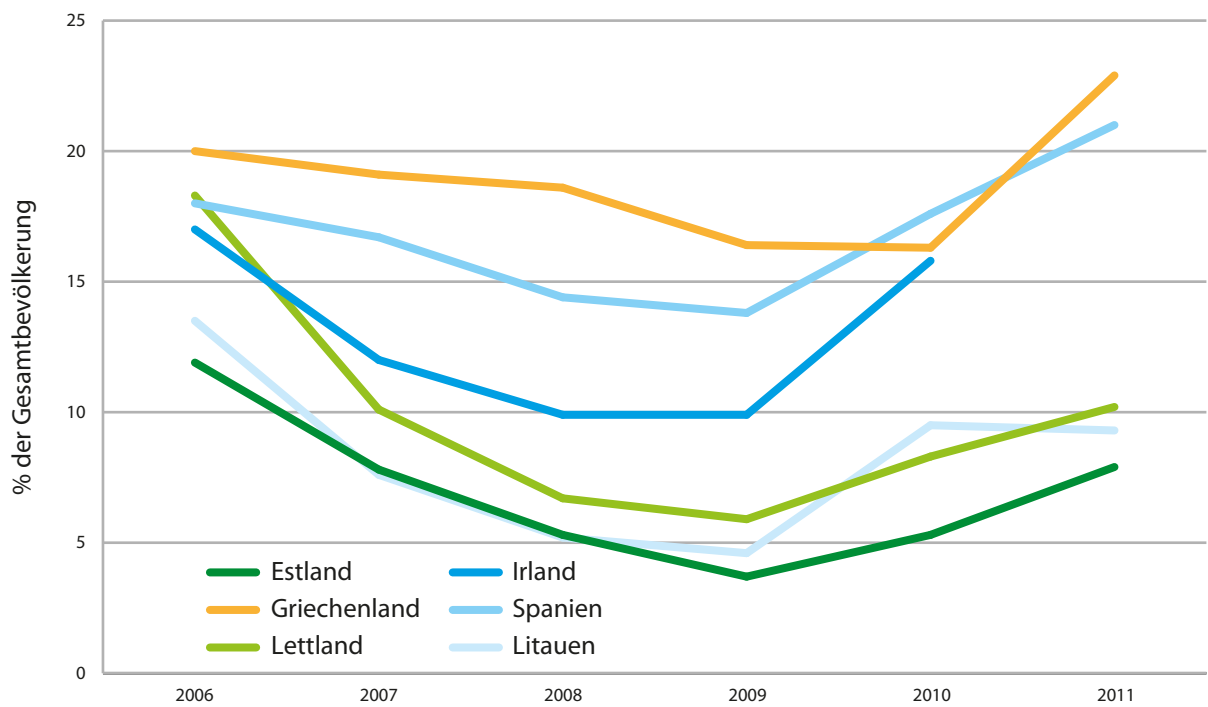


Abbildung 5: Armutsgefährdungsrate mit Schwelle 2005, 2006 2011



In Griechenland, Spanien und Irland – deren Niveau an verfügbarem Einkommen deutlich höher ist als in den Baltischen Staaten – ist die Lage unterschiedlicher. In Spanien und Irland waren die Auswirkungen der Krise erst im Jahr 2009 allmählich spürbar. Seitdem haben beide Länder etwa 8 % ihres verfügbaren Einkommens eingebüßt und landeten auf dem Stand von 2005. In Griechenland begann der Rückgang des verfügbaren Einkommens langsam im Jahr 2007. 2009 und 2010 erfolgte ein massiver Einbruch. Das verfügbare Einkommen 2011 lag daher weit unter dem Niveau von 2005.

Aufgrund des niedrigeren Medianeinkommens und damit der niedrigeren Armutsschwelle nimmt das Armutsrisiko bei einer Rezession oftmals ab. In diesem Abschnitt wird von einer fixen Armutsschwelle auf dem Niveau von 2005 ausgegangen, um diesen Effekt zu vermeiden.

In Irland stieg der Anteil der armutsgefährdeten Menschen im Verhältnis zur Armutsschwelle von 2005 von 10 % im Jahr 2008 auf über 15 % im Jahr 2010 (siehe Abbildung 5.). In Spanien lag dieser Wert bei 20 % und in Griechenland bei 23 %. Aufgrund des großen Einkommensanstiegs zu Beginn des Zeitraums 2005-2011 nahmen die Armutsgefährdungsraten im Verhältnis zur Schwelle von 2005 in den Baltischen Staaten nach der Krise nur leicht zu; sie kamen auf höchstens 10 % und erreichten das Vorkrisenniveau nicht.

Der Anteil der armutsgefährdeten Menschen im Verhältnis zum Schwellenwert von 2005 stieg in Belgien, Ungarn, Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich leicht an. In den übrigen Teilen der EU sank er oder blieb stabil.

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 0 bis 59 Jahren, die in einem Haushalt mit äußerst geringer Erwerbsintensität lebte, nahm nach der Krise zu, blieb allerdings auf EU-Ebene unter den Werten von 2006. In den sechs am stärksten von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten wuchs dieser Anteil jedoch zwischen 2007 und 2011 um 4 bis 9 Prozentpunkte an (siehe Abbildung 6.)

Der Anteil der materiell stark unterversorgten Menschen, d. h. derer, die nicht in der Lage sind, sich vier von neun zum Grundbedarf gehörende Güter zu leisten, sank auf EU-Ebene zwischen 2005 und 2010 von 11 % auf 8 %. Die Zahlen sind in Rumänien und Bulgarien am höchsten; beide Länder konnten den Anteil der materiell stark unterversorgten Menschen im Jahr 2010 auf 31 % bzw. 35 % senken. Im Jahr 2011 stieg der EU-Anteil jedoch wieder.

Zwischen 2008 und 2011 nahm die erhebliche materielle Deprivation am stärksten in Lettland ⁽³⁾ (12 Prozentpunkte), Litauen (6 Prozentpunkte), Ungarn (5 Prozentpunkte) und Griechenland (4 Prozentpunkte) zu. Im Jahr 2010 stieg der Anteil Irlands um 2 Prozentpunkte auf 7,5 %, was angesichts des Einkommensniveaus ein hoher Wert ist. In Spanien, das über ein geringfügig niedrigeres Einkommensniveau verfügt, lag die Rate lediglich bei 4 %. Polen erzielte eine beachtliche Senkung seines Anteils an materiell stark unterversorgten Menschen von 18 % im Jahr 2008 auf 13 % im Jahr 2011.

Für eine detaillierte Analyse der Veränderungen bei Armut und sozialer Ausgrenzung, einschließlich des Ausmaßes der Armut, siehe Kapitel 2 des Berichts Employment and Social Developments in Europe (Entwicklungen von Beschäftigung und Gesellschaft in Europa) aus dem Jahr 2012 ⁽⁴⁾.

Abbildung 6: Äußerst geringe Erwerbsintensität, 2005-2011

Anteil der Bevölkerung im Alter von 0 bis 59 Jahren in Haushalten mit äußerst geringer Erwerbsintensität, 2005-2011								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2007-2011
Estland	9,4	7,0	6,2	5,3	5,6	8,9	9,9	3,7
Griechenland	7,5	8,0	8,0	7,4	6,5	7,5	11,8	3,8
Spanien	6,5	6,0	6,3	6,2	7,0	9,8	12,2	5,9
Litauen	9,5	8,3	6,4	5,1	6,9	9,2	12,3	5,9
Lettland	8,1	7,0	6,1	5,1	6,7	12,2	12,2	6,1
Irland	14,6	12,8	14,2	13,6	19,8	22,9	n/a	8,7

Quelle: Eurostat

3. Zum Teil dürfte dieser Anstieg auf einen Bruch in der Serie zurückzuführen sein.
4. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=de&pubId=7315>

3 Auswirkungen auf die Regionen

Die Krise beendete einen langen Zeitraum, in dem die regionalen Unterschiede beim BIP pro Kopf und bei Arbeitslosigkeit abgebaut wurden. Zwischen 2000 und 2008 wurden jedes Jahr kleinere regionale Unterschiede beim Pro-Kopf-BIP verzeichnet (siehe Abbildung 7). Im Jahr 2009 stagnierten diese Zahlen und die Werte nahmen 2010 und 2011 zu.

Die regionalen Arbeitslosenquoten näherten sich von 2001 bis 2007 einander an, entwickelten sich 2007 bis 2012 dann allerdings kontinuierlich auseinander. Auch in der EU-15 driften seit 2007 das Pro-Kopf-BIP wie auch die regionale Arbeitslosigkeit auseinander.

3.1. BIP und Beschäftigungszahlen der ersten drei Krisenjahre

In zwei Drittel der Regionen schrumpfte das BIP zwischen 2007 und 2010 um bis zu 6 % pro Jahr. Die zehn Regionen mit dem stärksten BIP-Rückgang zwischen 2007 und 2010 waren die drei Baltenstaaten und sieben Regionen in sieben verschiedenen Mitgliedstaaten (siehe Faktenblatt 5). In diesen Regionen ging das BIP um mehr als 3 % pro Jahr zurück. Allerdings sind keine spanischen oder griechischen Regionen darunter. Spanien ist nicht in den Top Ten vertreten, weil das BIP dort weniger stark gesunken ist als die Beschäftigung. Griechenland fehlt, weil das BIP im Wesentlichen erst nach 2010 zurückgegangen ist. In Zypern begannen Beschäftigung und BIP 2012 nachzulassen; dies soll bis ins Jahr 2014 andauern.

In diversen Mitgliedstaaten ist die Wachstumsrate in der Hauptstadtregion am höchsten, z. B. in Bulgarien, Deutschland, der Slowakei und Polen.

Eine von zwei Regionen musste im selben Zeitraum sinkende Gesamtbeschäftigungszahlen hinnehmen. Die Beschäftigung fiel in den Baltenstaaten, drei spanischen Regionen, den beiden irischen Regionen und einer bulgarischen Region um mehr als 4 % (siehe Faktenblatt 5). Die griechischen Beschäftigungszahlen verschlechterten sich erst nach 2010, deshalb zählen die dortigen Regionen nicht zu den am stärksten betroffenen Regionen.

Insgesamt gibt es zwischen den Veränderungen des regionalen BIP und der Beschäftigung während dieser Jahre kaum

einen Zusammenhang, da es Zeit braucht, bis sich der Produktionsrückgang auf die Arbeitsplätze auswirkt. Darüber hinaus zielten mehrere politische Strategien direkt auf die Erhaltung von (Teilzeit-)Arbeitsplätzen während der Krise ab.

3.2. Steigende Arbeitslosigkeit vor allem in südlichen Regionen

Auf EU-Ebene stiegen die Arbeitslosenquoten zwischen 2008 und 2012 von 7 % auf 10%. Allerdings verdoppelten oder verdreifachten sich diese Quoten in den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten – in fünf Mitgliedstaaten steigen sie um mehr als 8 Prozentpunkte an, in Spanien um bis zu 17 Prozentpunkte (siehe Faktenblatt 6). Die Arbeitslosenquoten lagen in den fünf am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten für diesen Indikator zwischen 12 % in Zypern und 25 % in Spanien⁽⁵⁾.

Die Arbeitslosigkeit stieg auch in Lettland, Estland, Slowenien der Slowakei und Dänemark erheblich an. In Deutschland nahm sie dagegen ab und veränderte sich in Luxemburg, Malta, Belgien und Österreich kaum.

Insgesamt verzeichneten mehr als vier von fünf EU-Regionen zwischen 2008 und 2010 einen Anstieg. Dieser war meist im genannten Zeitraum am größten. Mehr als ein Drittel dieser Regionen konnten seit 2010 die Arbeitslosigkeit wieder senken.

Im Einklang mit den Empfehlungen des Europäischen Konjunkturprogramms ergriffen einige Mitgliedstaaten Maßnahmen, um einen exzessiven Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern und den Umfang und die Dauer von Leistungen zu steigern.

Die Jugendarbeitslosigkeit stieg auf EU-Ebene von 16 % im Jahr 2008 auf 21 % im Jahr 2011 (siehe Faktenblatt 7). In 52 Regionen war eine von drei jungen Erwerbspersonen arbeitslos. In elf dieser Regionen war es sogar eine von zwei, vor allem in Spanien und Griechenland. Darüber hinaus ist auch der Anteil der Personen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder einen Arbeitsplatz haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren, angestiegen: Zwischen 2008 und 2011 wuchsen die Quoten in knapp vier von fünf Regionen an, vor allem in Rumänien, Griechenland und dem Vereinigten Königreich (siehe Faktenblatt 8).

5. Eine gründlichere Analyse findet sich im Bericht *Employment and Social Developments in Europe* aus dem Jahr 2012. <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=de&pubId=7315>

3.3. Abnahme der Migration

Zwischen 2004 und 2008 nahm die Zahl derer, die nicht in dem Land, dessen Staatsbürgerschaft sie haben, wohnhaft sind, in der EU-27 jährlich um 1,5 Mio. zu. Als Folge davon stieg der entsprechende Anteil der EU-27-Bevölkerung von 5,1 auf 6,2%. In den Jahren 2009 bis 2011 betrug der Zuwachs nur noch 0,9 Mio., so dass der Anteil im Jahr 2011 bei 6,7% lag.

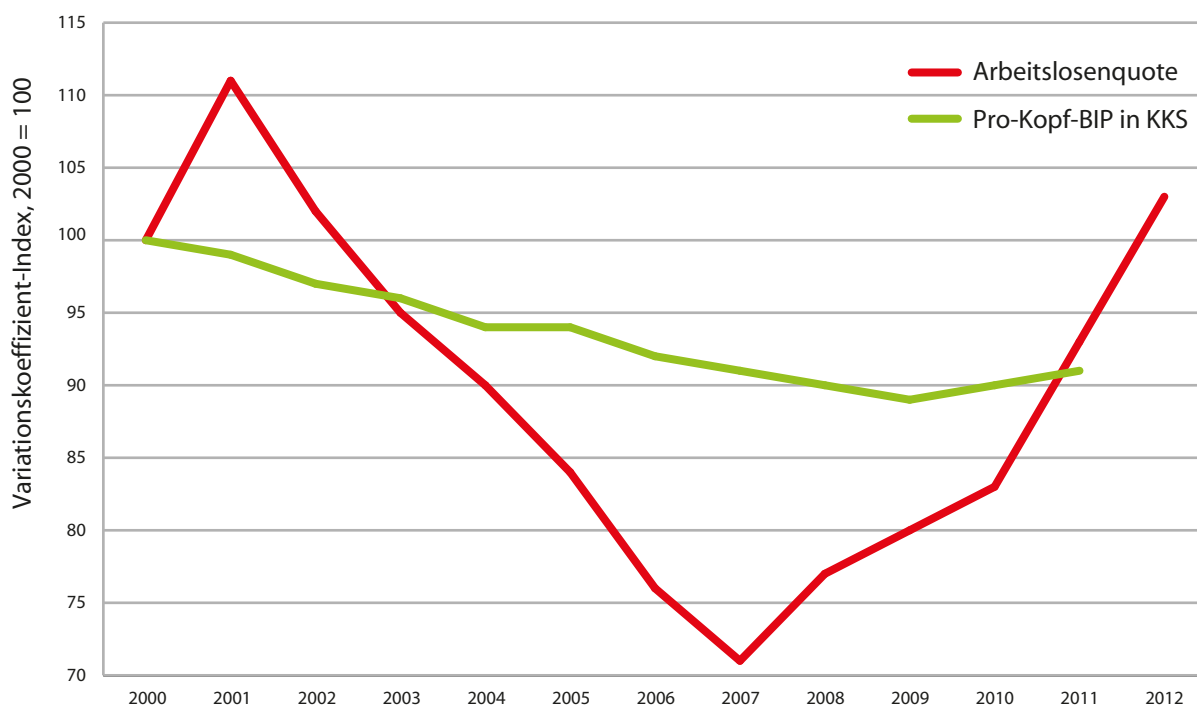
Zwischen 2004 und 2008 stieg in Irland, Spanien und Zypern der Anteil der ausländischen Bevölkerung um mehr als 4 Prozentpunkte an; die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer kamen aus den 2004 oder 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten. In diesem Zeitraum nahm auch in Italien, Portugal, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich der Anteil ausländischer Bürgerinnen und Bürger beträchtlich zu.

Die Krise wirkte sich auf die Migration vor allem in den Regionen aus, die bereits zuvor die größten Zuströme an Wanderarbeitskräften verzeichnet hatten. Am stärksten nachgelassen hat die Migration in Spanien, Irland, Zypern und einigen britischen und italienischen Regionen (siehe Faktenblatt 9), zum Erliegen gekommen ist sie allerdings nie. Viele Regionen in Spanien, Südfrankreich und Norditalien verzeichneten einige der höchsten Niveaus an positiver Nettowanderung.

In Litauen und Lettland verschärfte die Krise die Auswanderung. In Polen nahm die negative Nettowanderung in den Grenzregionen ab, die positive Nettowanderung in der Hauptstadtregion zu. Infolge der Rückwanderung aus Spanien sank in Rumänien die negative Nettowanderung. Im Verlauf der Krise können die wachsenden Unterschiede bei den regionalen Arbeitslosenquoten und Entgelten die Migration noch weiter beeinflussen.

Der rapide Rückgang der Beschäftigung im Baugewerbe und der Industrie trug zum Rückgang der Nettowanderung in spanischen Regionen und in Norditalien bei. Die Nettowanderung sank eher in Regionen mit einem hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten aus anderen Mitgliedstaaten.

Abbildung 7: Kohäsionspolitik und Krise



Pro-Kopf-BIP-Konvergenz basiert auf Schätzungen für 2011
Quelle: Eurostat und GD REGIO (Schätzungen)

4 Auswirkungen auf die Städte

Zur Analyse der Auswirkungen auf die Städte werden in diesem Bericht zwei Raumansätze verfolgt: Großstadtregionen und Städte.

- (1) Großstadtregionen sind NUTS-3-Regionen mit insgesamt mehr als 250 000 Einwohnern. Dieser Ansatz erlaubt eine urbane Interpretation der Veränderungen bei BIP und Beschäftigung.
- (2) Städte werden auf lokaler Ebene festgelegt und umfassen die wichtigsten Städte in der EU. Dieser Ansatz erlaubt den Zugriff auf Daten zu Beschäftigung und Armut, die für alle Städte in einem Land aggregiert werden.

4.1. Großstadtregionen – gleichzeitig resistent und anfällig

In zwei von drei Mitgliedstaaten⁽⁶⁾ steigerten die Großstadtregionen zwischen 2007 und 2010 im Durchschnitt ihr Pro-Kopf-BIP in KKS im Verhältnis zu dem Land insgesamt (siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Abbildung 4). In den zwölf Mitgliedstaaten, in denen das Pro-Kopf-BIP im Verhältnis zur EU angewachsen ist, schnitten die Großstadtregionen besser ab als der Rest des Landes. In acht der zwölf Mitgliedstaaten, in denen das Pro-Kopf-BIP im Verhältnis zur EU gesunken ist, vollzog sich der Rückgang in den Großstadtregionen schneller als im Land insgesamt.

Dieses Muster eines schnelleren BIP-Wachstums in wachsenden Volkswirtschaften und eines schnelleren Rückgangs in den meisten rückläufigen Volkswirtschaften könnte bedeuten, dass die Wirtschaft der Städte flexibler und anfälliger auf Auf- und Abschwung reagiert.

Trotz der starken Gesamtleistung der Großstadtregionen verzeichneten drei von fünf zwischen 2007 und 2010 einen Rückgang des Pro-Kopf-BIP im Verhältnis zum nationalen Niveau. Kleinere Großstadtregionen waren hierbei die größten Verlierer – 74 % lagen im Landesvergleich zurück. Auch nachrangige Großstadtregionen hatten das Nachsehen: 54 % verloren an Boden. Nur Hauptstadtregionen zeigten eine stärkere Leistung, da lediglich 30 % zurückfielen.

In den meisten Mitgliedstaaten konnte sich die Beschäftigung⁽⁷⁾ zwischen 2007 und 2010 in Großstadtregionen besser gegen die Krise behaupten als in Nichtgroßstadtregionen (siehe Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Abbildung 5). Nur in Finnland, Griechenland, Ungarn und Lettland ging die Beschäftigung in Nichtgroßstadtregionen langsamer zurück als in Großstadtregionen.

Ähnlich wie bei den Veränderungen des Pro-Kopf-BIP verzeichneten nicht alle Großstadtregionen eine stärkere Veränderung bei der Beschäftigung als ihr Land. Nur in der Hälfte der Großstadtregionen kam es zu einem geringeren Beschäftigungsrückgang (bzw. einem schnelleren Beschäftigungswachstum) als in den Nichtgroßstadtregionen ihres Landes. Etwas mehr als die Hälfte der nachrangigen Großstadtregionen schnitten besser ab als ihr Land. Dasselbe gilt für knapp die Hälfte der kleineren Großstadtregionen. Die Hauptstadtregionen verzeichneten sehr viel bessere Zahlen: neun von zehn legten eine stärkere Leistung bei der Beschäftigung vor. Neun Hauptstadtregionen erzielten trotz eines Beschäftigungsrückgangs auf nationaler Ebene gar einen Beschäftigungszuwachs.

Im Vereinigten Königreich und in Spanien schnitt grob die Hälfte der Großstadtregionen schlechter ab als die Nichtgroßstadtregionen. In Griechenland und Ungarn taten dies beinahe alle Großstadtregionen. In den meisten Mitgliedstaaten war die Leistung bei der Beschäftigung allerdings in allen oder den meisten Großstadtregionen besser als in den Nichtgroßstadtregionen. Besonders deutlich war dies in Polen, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Rumänien und Bulgarien.

In diesen ersten drei Jahren der Krise zeigten sich die meisten Großstadtregionen resistent, vor allem die Hauptstadtregionen. Die nachrangigen Großstadtregionen schnitten weniger gut ab. Die kleineren Großstadtregionen erwiesen sich als recht anfällig; die meisten lagen bei den Veränderungen bei Pro-Kopf-BIP und Beschäftigung zurück.

6. Luxemburg, Malta und Zypern sind bei dieser Analyse ausgeschlossen.

7. Luxemburg, Malta, Zypern und Italien sind bei dieser Analyse ausgeschlossen.

4.2. Städte in der Krise

Armut und soziale Ausgrenzung gibt es vor allem in Städten, insbesondere in Nordwesteuropa. Die Krise hat diese Konzentration noch verstärkt. Die Quote für das Armutsrisiko und die Gefahr sozialer Ausgrenzung stieg in den Städten in der EU um einen Prozentpunkt an, in Nicht-EU-Städten dagegen um 0,5 Prozentpunkte (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Veränderungen bei Armutsrisiko oder Gefahr sozialer Ausgrenzung, 2008-2011

EU27	AROPE	AROP	LWI	SMD
Städte	1,0	0,6	0,9	0,5
sonstige Gebiete	0,5	0,5	1,1	0,3
EU15				
Städte	1,2	0,6	1,2	0,7
sonstige Gebiete	0,9	0,3	1,4	0,9
EU12				
Städte	-0,4	0,3	-0,3	-0,7
sonstige Gebiete	-1,0	0,8	0,3	-1,5

Quelle: Eurostat

Im Jahr 2011 war das Armutsrisiko oder die Gefahr sozialer Ausgrenzung für die Stadtbevölkerung der EU 15 größer als in anderen Gebieten (siehe Abbildung 9). Auch sind die drei Komponenten dieses Risikos bzw. dieser Gefahr in Städten größer als anderswo. In der EU-12 ist dies tendenziell umgekehrt. Armutsrisiko und Gefahr sozialer Ausgrenzung sind für die Stadtbevölkerung erheblich geringer.

Abbildung 9: Armutsrisiko und Gefahr sozialer Ausgrenzung in den Städten, 2011

EU27	AROPE	AROP	LWI	SMD
Städte	23,3	15,7	11,0	8,4
sonstige Gebiete	25,0	18,0	9,1	9,2
EU15				
Städte	23,1	16,8	12,0	6,8
sonstige Gebiete	21,9	16,6	9,2	5,3
EU12				
Städte	24,1	9,9	6,5	16,5
sonstige Gebiete	34,5	22,2	8,9	20,8

Quelle: Eurostat

Abbildung 10: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Städten und anderen Gebieten, 2008-2011

	Beschäftigungsquote, 20-64		Arbeitslosenquote	
	2011	Veränderung 2008-2011	2011	Veränderung 2008-2011
EU27				
Städte	64,5	-1,8	10,1	2,6
sonstige Gebiete	64,0	-1,9	9,4	2,6
EU15				
Städte	65,0	-1,7	10,3	2,6
sonstige Gebiete	66,0	-1,6	9,1	2,5
EU12				
Städte	62,4	-1,4	9,0	3,3
sonstige Gebiete	58,3	-1,8	10,3	2,9

Quelle: Eurostat

Die erhebliche materielle Deprivation ist in 18 Mitgliedstaaten in den Städten höher. In 15 Mitgliedstaaten ist die äußerst geringe Erwerbsintensität in den Städten weiter verbreitet (siehe Faktenblatt 10). Das Armutsrisiko ist in 10 Mitgliedstaaten in den Städten höher.

Etwas paradox ist der hohe Anteil der Haushalte mit äußerst geringer Erwerbsintensität in Städten, in denen ja sehr viele Arbeitsplätze angesiedelt sind. Gründe hierfür könnten ein Missverhältnis von Qualifikationsangebot und Nachfrage, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder der höhere Anteil von Einpersonenhaushalten in den Städten sein. Auch der höhere Anteil an nicht in EU-Städten geborenen Einwohnerinnen und Einwohnern kann damit zu tun haben.

In 11 der EU-15-Mitgliedstaaten⁽⁸⁾ war die Wahrscheinlichkeit für außerhalb der EU geborene Menschen höher, in einem Haushalt mit äußerst geringer Erwerbsintensität zu leben. Im Jahr 2010 war die Quote für äußerst geringe Erwerbsintensität bei nicht in der EU geborenen Menschen mindestens 6 Prozentpunkte höher als bei denen, die in dem Land geboren wurden, in dem sie leben. Viele außerhalb der EU Geborene werden durch vielerlei Hürden am Eintritt in den Arbeitsmarkt gehindert, z. B. wenn sie nicht die Sprache sprechen, keine entsprechenden Fertigkeiten vorweisen können, ihre Qualifikationen nicht anerkannt werden oder sie diskriminiert werden.

Bei Armut und sozialer Ausgrenzung weisen Städte in stärker entwickelten Mitgliedstaaten eher niedrigere Beschäftigungs- und höhere Arbeitslosenquoten auf als Kleinstädte, Vorstädte oder ländliche Gebiete (siehe Abbildung 10), in weniger entwickelten Mitgliedstaaten ist das Gegenteil der Fall. Die Krise hat dieses Muster nicht durchbrochen.

8. Einzige Ausnahmen: Italien, Griechenland, Portugal und Luxemburg.

5 Kohäsionspolitik und Krise

In diesem Bericht werden mehrere Schlüsselthemen angesprochen, die bei den Kohäsionsprogrammen für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 berücksichtigt werden sollten.

Wegen der Krise ist es schwieriger geworden, die Europa-2020-Ziele zu erreichen, da die Beschäftigungsquoten sinken und Armut und soziale Ausgrenzung zunehmen. Darüber hinaus unterminieren wachsende Ungleichheiten eines der Hauptziele der Europäischen Union und der Kohäsionspolitik.

Zwar haben manche Mitgliedstaaten, z. B. Deutschland und Polen, die Krise relativ unbeschadet überstanden, doch werden die meisten Mitgliedstaaten mit mehr Schwierigkeiten und gekürzten öffentlichen Mitteln konfrontiert sein. In vielen, wenn nicht den meisten Mitgliedstaaten zählt dazu Folgendes:

- BIP- und Beschäftigungsniveaus, die noch unter dem Vorkrisenniveau liegen;
- steigende Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung;
- geringeres Haushaltseinkommen, das Konsum und Importe schwächt;
- beispiellose Staatsverschuldung und Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung.

Im Bericht wird aufgezeigt, dass die Schwere der Probleme in Europa erheblich variiert. Dies legt den Schluss nahe, dass bei der Gestaltung der künftigen Kohäsionsprogramme diese Unterschiede berücksichtigt werden sollten, damit eine möglichst große Wirkung erzielt wird und Probleme dort angegangen werden, wo sie akuter sind.

Vor diesem Hintergrund werden die künftigen Kohäsionsprogramme wachstumsfördernde und arbeitsplatzschaffende Investitionen besonders hervorheben müssen. Nur eine stabile und starke Erholung kann zu sinkenden Arbeitslosenquoten führen.

Daher schlägt die Kommission vor, die Ressourcen auf einige wenige, wichtige Gebiete wie Beschäftigung (vor allem für junge Menschen), Aus- und Weiterbildung, soziale Inklusion, Innovation und KMU, Energieeffizienz und Verringerung der CO₂-Emissionen in der Wirtschaft zu konzentrieren, und steht der Ausweitung auf IKT-Infrastrukturen und digitale Wachstumsmaßnahmen offen gegenüber.

Ausfuhren und ausländische Direktinvestitionen stellen in weniger entwickelten Mitgliedstaaten einen bedeutenden Wachstumsmotor dar, der bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Transfer von Wissen und Technologie hilft. Die KMU, eine der Hauptzielgruppen der Kohäsionspolitik, sind besonders von der Verschlechterung des Geschäftsumfelds betroffen. Bei niedriger inländischer Nachfrage werden höhere Exporte von Waren und Dienstleistungen dazu beitragen, das Wachstum wieder anzukurbeln. Investitionen in Innovation und eine Strategie zu intelligenter Spezialisierung könnten die Leistungsfähigkeit dieses Wirtschaftsbereichs steigern.

Das Baugewerbe wird auch weiterhin unter den Konsequenzen der Bankenkrise zu leiden haben; Grund hierfür sind der eingeschränkte Zugang zu Finanzmitteln, die geplatzte Immobilienblase, ein niedrigeres verfügbares Haushaltseinkommen und weniger Einkommenssicherheit. Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden könnten auch dazu beitragen, manche der in diesem Bereich abgebauten Arbeitsplätze wieder einzurichten.

Das Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko stieg auf EU-Ebene an und dürfte, da sich die Krise erst mit der Zeit auf Armut und Ausgrenzung auswirkt, noch weiter zunehmen.

Die Haushaltskonsolidierung wird die Rolle der Kohäsionspolitik als wichtige Quelle öffentlicher Investitionen im Zeitraum 2014-2020 noch weiter stärken. In der Tat machen in vielen der weniger entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen die kohäsionspolitischen Zahlungen bereits mehr als die Hälfte der öffentlichen Investitionen aus. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten und Regionen eindringlich auf, unverzüglich mit der Vorbereitung der neuen Programme anzufangen, damit keine Zeit mit der Sicherstellung verloren wird, dass Projekte, die zur Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit und Unterstützung der sozialen Inklusion benötigt werden, Anfang nächsten Jahres beginnen können.

Annexes

Figure 1: Member States grouped by impact of recession, 2007-2011

	Annual average change in %, 2007-2011			Impact of the recession
	GDP	Employment	Combined*	
EU-27	-0.1	-0.2	-0.2	Moderate
EU-15	-0.2	-0.3	-0.3	Moderate
EU-12**	1.6	-0.1	0.7	Low
Latvia	-4.5	-6.4	-5.5	Very high
Greece	-3.9	-1.9	-2.9	Very high
Ireland	-1.8	-3.9	-2.8	Very high
Lithuania	-1.5	-2.7	-2.1	Very high
Estonia	-2.0	-2.1	-2.1	Very high
Spain	-0.7	-2.7	-1.7	Very high
Portugal	-0.6	-1.3	-1.0	High
Denmark	-1.0	-0.8	-0.9	High
Bulgaria	0.6	-2.3	-0.8	High
Hungary	-0.8	-0.8	-0.8	High
Italy	-1.1	-0.4	-0.8	High
Slovenia	-0.7	-0.8	-0.8	High
Romania	0.3	-1.0	-0.3	Moderate
UK	-0.6	-0.1	-0.3	Moderate
Finland	-0.7	0.2	-0.2	Moderate
France	0.0	-0.1	0.0	Moderate
Netherlands	0.2	0.3	0.2	Moderate
Czech Rep.	0.7	-0.1	0.3	Moderate
Cyprus	0.9	0.5	0.7	Low
Belgium	0.6	0.9	0.7	Low
Austria	0.6	0.9	0.8	Low
Sweden	1.1	0.5	0.8	Low
Germany	0.7	0.8	0.8	Low
Slovakia	2.0	0.4	1.2	Low
Luxembourg	-0.1	2.7	1.3	Low
Malta	1.4	1.6	1.5	Low
Poland	3.7	1.4	2.6	Low

* Average of change in GDP and change in employment

** EU-12 are the Member States that joined in 2004 and 2007

Source: Eurostat

Figure 2: Changes in GVA and employment by sector by group of MS, 2007-2011

Employment, Annual average % change 2007-2011	Employment					Gross Value Added				
	Very high impact	High impact	Moderate impact	Low impact	EU-27	Very high impact	High impact	Moderate impact	Low impact	EU-27
Agriculture, forestry and fishing	-3.1	-1.7	0.8	-1.6	-1.1	0.7	0.4	1.3	-1.6	0.8
Industry (except construction)	-4.8	-2.5	-2.9	-0.5	-2.2	-1.1	-2.6	-1.9	0.4	-0.9
Construction	-15.2	-2.8	-1.3	2.1	-3.0	-8.6	-4.8	-2.1	1.7	-2.9
Wholesale and retail trade, transport, accommodation and food services	-1.8	-0.4	-0.2	0.9	-0.1	-1.0	-1.5	-0.7	1.5	-0.2
Information and communication	0.2	1.0	0.5	0.1	0.4	2.5	1.8	1.1	3.6	1.9
Financial and insurance activities	-1.1	0.1	-0.3	0.1	-0.1	-1.8	1.3	-0.7	0.8	-0.2
Real estate activities	0.2	0.9	-0.8	1.8	0.3	0.2	0.2	1.2	0.9	0.8
Professional, scientific, technical, administrative and support services	-0.1	0.8	0.6	3.4	1.5	-0.5	-1.0	0.1	-0.2	-0.2
Public administration, defence, education, health and social work	0.7	-0.4	0.9	1.4	0.8	1.2	0.2	1.3	1.6	1.2
Arts, entertainment, recreation, other services, services employed by households & extra-territorial bodies	-0.5	1.4	1.0	0.7	0.7	0.5	0.9	0.4	0.2	0.4
Total	-2.8	-0.8	-0.1	0.9	-0.3	-1.1	-1.0	-0.2	1.0	0.0

Source: Eurostat

Figure 3: Changes in GVA and employment by sector per Member State, 2007-2011

Employment, Annual average % change 2007-2011	LV	IE	GR	LT	EE	ES	PT	DK	HU	BG	IT	SI	UK	RO	FI	FR	NL	CZ	CY	SE	BE	AT	DE	SK	MT	PL	EU27
Agriculture, forestry and fishing	-7.8	-6.9	-1.0	-6.9	-3.0	-2.7	-2.3	-0.7	-2.0	-1.6	-1.3	-2.1	1.6	2.3	-1.2	-2.9	-1.3	-3.3	1.1	0.4	-3.5	-0.9	0.2	-3.6	-1.0	-2.2	-1.1
Industry (except construction)	-7.1	-5.7	-4.1	-4.8	-1.4	-4.9	-3.1	-3.7	-1.2	-4.5	-2.1	-3.8	-2.5	-5.4	-2.2	-2.3	-1.2	-2.3	-1.8	-2.2	-1.9	-0.5	-0.1	-2.2	-4.1	-0.3	-2.2
Construction	-17.2	-20.4	-10.0	-14.2	-11.8	-15.5	-5.0	-4.0	-3.9	-5.2	-1.6	-2.8	-3.0	-1.9	0.5	0.2	-1.1	0.5	-3.3	3.8	1.5	1.5	0.7	2.2	-1.8	5.3	-3.0
Wholesale and retail trade, transport, accommodation and food services	-7.4	-3.1	-1.5	-0.9	-2.3	-1.4	-1.4	-0.5	-0.4	-0.8	-0.2	-0.2	-0.5	-1.4	-0.5	0.1	0.2	0.8	-0.5	1.2	0.0	0.9	0.6	0.8	1.7	1.8	-0.1
Information and communication	-1.1	1.9	-3.6	4.9	5.3	0.2	2.8	-0.5	1.3	1.6	0.8	2.7	0.4	-1.1	1.1	0.8	-0.2	3.4	0.3	-0.3	0.7	1.6	-0.8	3.0	4.6	2.6	0.4
Financial and insurance activities	-4.0	0.1	-0.5	-3.3	1.5	-1.4	0.0	-2.7	4.0	3.8	-0.4	1.1	-0.8	-3.2	3.3	1.1	-2.2	0.9	2.0	-0.3	-0.9	0.3	-0.4	1.6	3.8	1.7	-0.1
Real estate activities	-2.5	-3.6	-6.6	7.9	1.8	0.3	0.6	1.2	-1.2	3.3	1.0	3.0	0.1	-11.9	2.0	-1.7	-0.9	3.9	-1.5	0.6	4.1	1.4	0.2	3.1	-4.5	7.2	0.3
Professional, scientific, technical, administrative and support services	0.9	-3.8	0.3	7.2	3.1	-0.2	1.8	-1.0	2.9	0.9	0.6	1.2	1.0	3.9	3.3	0.2	-0.9	1.7	2.0	2.9	3.6	2.4	3.0	4.9	8.5	6.1	1.5
Public administration, defence, education, health and social work	-2.5	1.4	-1.0	-1.2	0.7	1.4	0.8	0.7	-1.5	-3.4	-0.4	1.8	1.4	-0.4	0.9	0.3	2.2	0.2	2.2	-0.2	1.9	1.5	1.2	0.2	2.1	2.4	0.8
Arts, entertainment, recreation, other services, services employed by households & extra-territorial bodies	-5.4	-0.3	-0.4	7.2	-8.1	-0.5	0.2	0.2	-1.9	-1.9	1.9	1.8	0.3	0.0	2.0	1.5	1.5	2.6	5.7	1.0	-0.1	1.8	0.4	2.2	7.0	2.3	0.7
Total	-6.4	-3.9	-2.1	-2.7	-2.1	-2.7	-1.3	-0.8	-0.9	-2.3	-0.4	-0.8	-0.1	-1.0	0.2	-0.1	0.3	-0.1	0.5	0.4	0.9	0.9	0.8	0.4	1.8	1.4	-0.3
GVA, Annual average % change 2007-2011	LV	IE	GR	LT	EE	ES	PT	DK	HU	BG	IT	SI	UK	RO	FI	FR	NL	CZ	CY	SE	BE	AT	DE	SK	MT	PL	EU27
Agriculture, forestry and fishing	2.8	-0.1	0.2	-0.2	-0.7	1.0	0.2	-0.1	8.3	2.7	-0.5	-0.1	-1.0	0.3	0.6	2.1	1.8	0.2	-0.7	-0.6	3.9	2.2	-3.8	-9.3		0.6	0.8
Industry (except construction)	0.0	4.4	-5.9	0.0	-0.4	-2.0	-1.8	-3.9	-0.4	0.3	-2.8	-1.6	-2.7	2.8	-5.2	-2.1	0.3	3.0	-1.3	-0.9	-0.7	0.7	-0.2	8.1		5.2	-0.9
Construction	-13.5	-20.0	-9.9	-11.3	-5.9	-7.2	-7.3	-4.6	-7.3	-1.3	-4.4	-10.0	-1.5	-5.0	0.3	-3.1	-2.4	-1.4	-9.1	1.2	1.0	-2.6	1.1	4.8		8.8	-2.9
Wholesale and retail trade, transport, accommodation and food services	-2.6	-4.4	-4.5	-1.1	-7.5	0.3	0.2	-2.9	-4.5	0.2	-1.4	-0.7	-1.8	-3.5	0.1	0.5	-0.1	-3.1	0.1	1.7	0.4	-0.2	1.7	-5.4		3.9	-0.2
Information and communication	-5.4	-4.1	2.4	0.7	2.9	3.2	0.7	4.7	5.7	16.7	1.0	1.9	1.4	-3.2	3.0	1.0	-0.2	-0.6	1.7	5.0	1.9	-1.4	4.0	2.8		3.3	1.9
Financial and insurance activities	-4.2	-0.7	-3.1	3.1	-6.5	-2.1	2.1	-0.4	-3.2	5.6	1.5	0.7	-2.3	-3.5	-2.8	1.1	1.3	7.2	4.5	1.3	0.3	3.5	0.9	-1.4		-3.7	-0.2
Real estate activities	-0.6	-5.5	1.2	2.2	3.3	1.0	0.9	1.5	0.2	-1.5	0.0	1.7	1.5	-3.2	1.3	0.8	1.2	4.7	4.5	1.0	1.5	1.7	0.5	4.9		2.5	0.8
Professional, scientific, technical, administrative and support services	-3.9	-3.3	-4.5	-3.0	-0.6	0.7	0.6	0.8	-1.6	0.0	-1.4	0.7	0.6	-1.9	0.7	0.0	-1.4	-0.8	2.7	1.9	1.4	1.7	-1.2	-1.0		4.5	-0.2
Public administration, defence, education, health and social work	-3.9	-3.4	-2.0	-0.7	0.3	2.7	-0.2	0.6	-0.6	-1.4	0.1	1.5	1.3	-2.5	-0.2	1.0	2.6	1.0	3.3	1.4	1.2	1.1	1.8	2.6		1.6	1.2
Arts, entertainment, recreation, other services, services employed by households & extra-territorial bodies	-11.6	0.5	-0.3	-6.4	-7.7	1.0	1.7	0.5	0.0	7.9	0.9	-1.0	0.3	-9.1	1.0	0.8	-0.6	-3.3	4.3	1.6	0.8	0.8	-0.1	2.1		0.7	0.4
Total	-3.4	-2.1	-3.1	-1.5	-1.9	-0.5	-0.4	-1.0	-0.8	1.3	-1.1	-0.8	-0.6	-1.6	-1.0	0.1	0.4	0.9	0.8	1.1	0.7	0.6	0.7	2.1		3.7	0.0

Source: Eurostat

No data available for Luxembourg or for GVA in Malta

Figure 4: Change in GDP per head index (PPS) in metro regions, 2007-2010

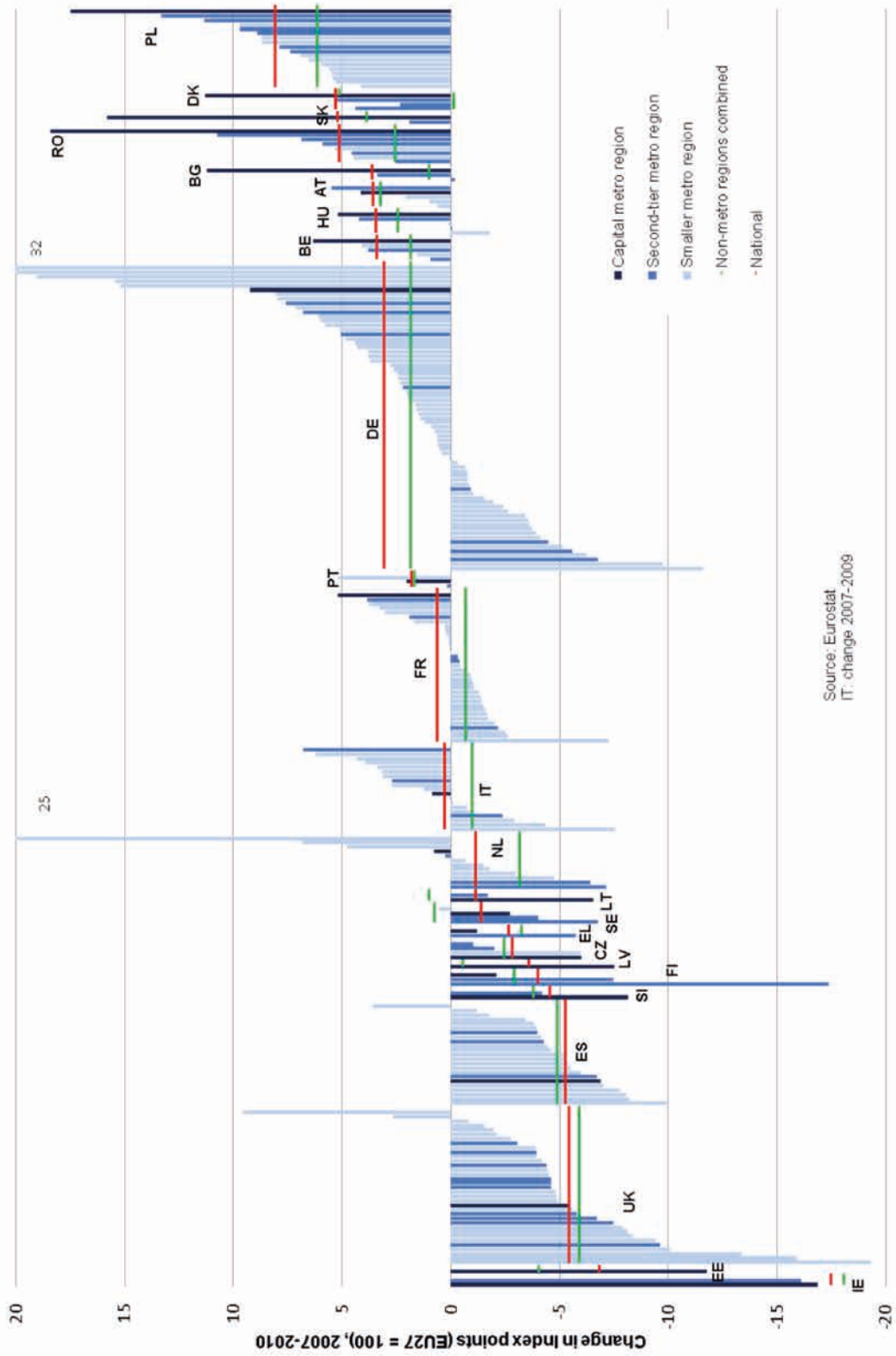
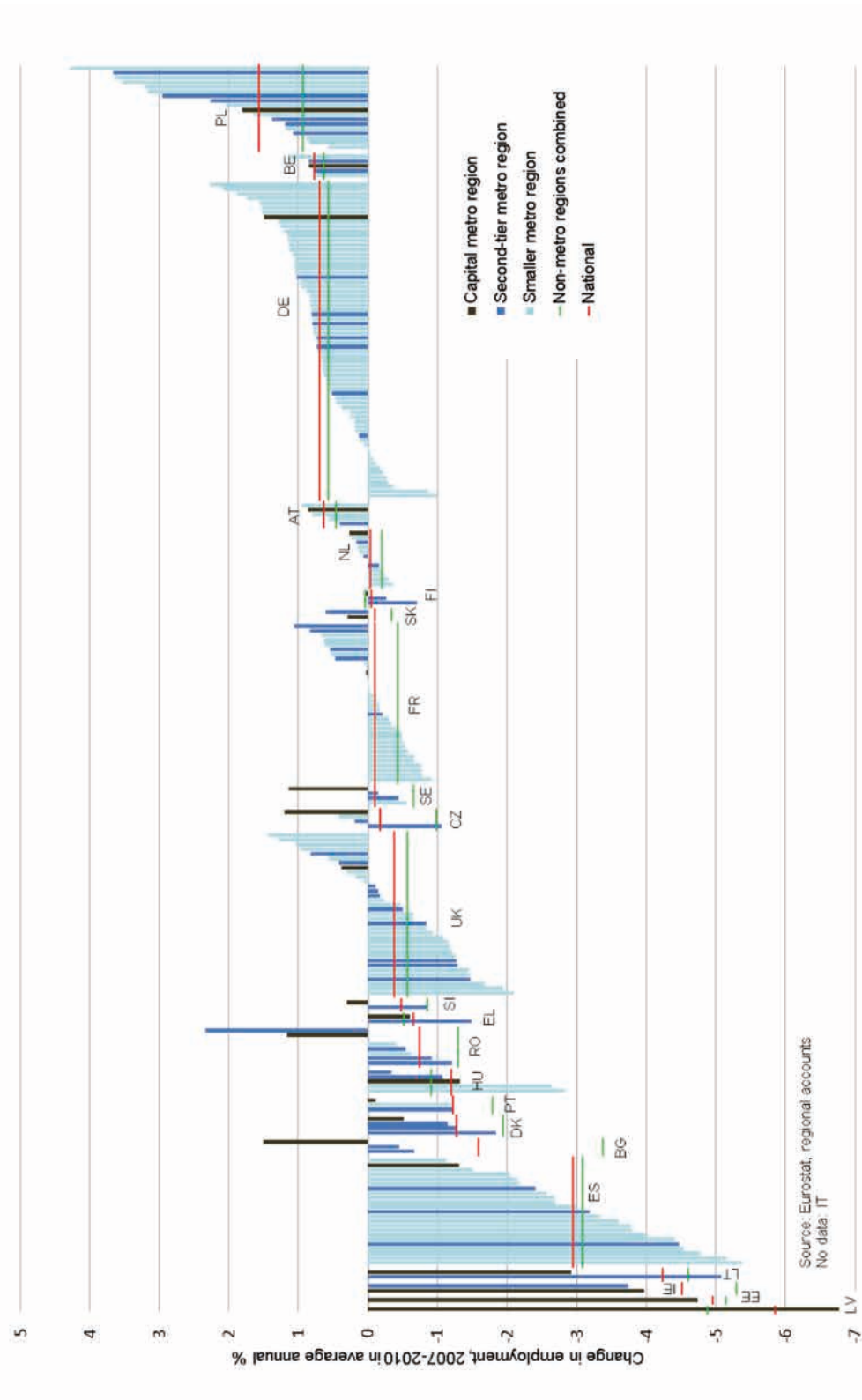


Figure 5: Change in employment in metro regions, 2007-2010



1. Public debt

The general government debt is defined as the consolidated gross debt of the whole of the general government sector outstanding at the end of the quarter (at nominal value). The general government sector comprises central government, state government, local government, and social security funds. The debt is measured as a percentage of GDP.

Why does this matter?

The Maastricht Treaty specifies government debt must not exceed 60% of GDP unless it is sufficiently diminishing and approaching 60% at a satisfactory pace. Unsustainable levels of public debt undermine macro-economic stability, increase government spending interests and the higher taxes required to service the debt may act as a drag on growth.

How do the EU Member States score?

Government debt-to-GDP ratios increased drastically over the 2008-2012 period in both the euro area (24.9 percentage points) and in the EU-27 (26.2 p.p.), sustained by government budget deficits (negative primary balances), increasing interest payments and lower nominal GDP growth. During the crisis, the total debt-to-GDP ratio of EU-27 registered a negative trend, peaking at 85.2% in the last quarter of 2012 (latest available data).

The highest ratios of government debt to GDP are recorded in Greece (156.9%), Italy (127.0%) and Portugal (123.6%). The total government debt is higher than the annual GDP also in Ireland, and close to this level in Belgium. The lowest ratios, instead, are registered in Estonia (10.1%), Bulgaria (18.5%) and Luxembourg (20.8%). The values of the last quarter of 2012 represent a peak (since 2000) for eleven countries, including Germany, Portugal, Netherlands and the UK. Greece, instead, peaked (170.3%) in the fourth quarter of 2011 and decrease is mainly due to the exchange of bonds. Also Hungary (79.2%) improved its situation compared to the peak recorded in the second quarter of 2010 (85.3%).

The highest increases between 2008 and 2012 are registered in Ireland, where the ratio increased by a staggering 90.0 percentage points, Portugal (56.1) and Greece (49.0).

The debt to GDP ratio increased in all EU-27 countries, although Sweden (+0.2 p.p.), Bulgaria (+3.1 p.p.) and Estonia (+6.0 p.p.), starting from a very low base) registered a mild increase.

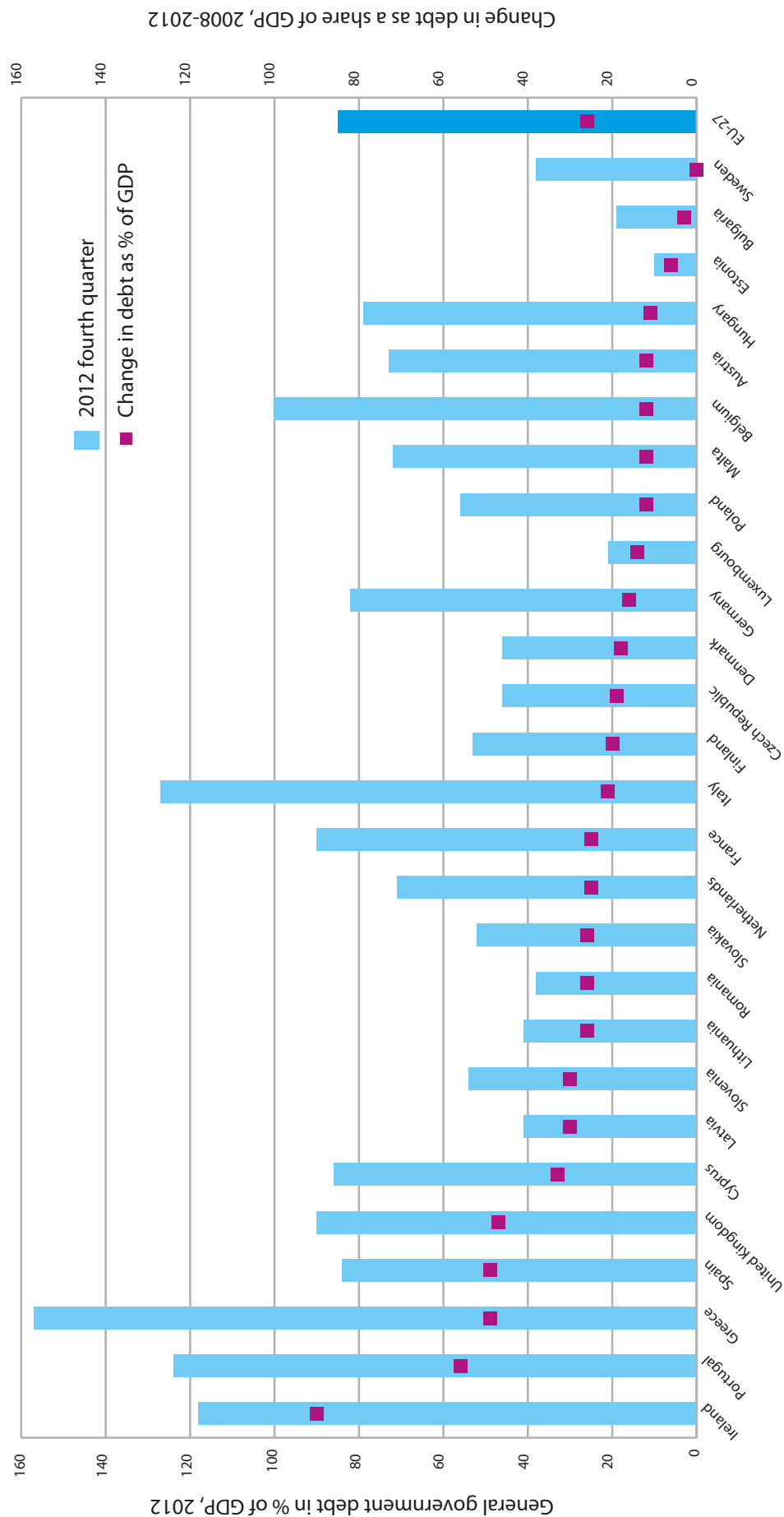
This table shows the five countries with the highest government debt-to-GDP ratio

Country	General Government Gross Debt, fourth quarter 2012
Greece	156.9
Italy	127.0
Portugal	123.6
Ireland	117.6
Belgium	99.6

This table shows the five countries with the biggest increase of government debt-to-GDP ratio

Country	General Government Gross Debt, first quarter 2008 - fourth quarter 2012
Ireland	90.0
Portugal	56.1
Greece	49.0
Spain	48.6
UK	46.7

General Government Debt



Source: Eurostat

2. House Price Index (HPI)

House Price Indices (HPIs) measure inflation in the residential property market. The HPI captures price changes of all kinds of residential property purchased by households (flats, detached houses, terraced houses, etc.), both new and existing. Only market prices are considered, self-built dwellings are therefore excluded. The land component of the residential property is included.

Why does this matter?

Rapid increases in housing prices reduce the affordability of housing, especially for first-time buyers. Rapid reductions in housing prices lead to mortgages which are higher than the current value of the house, so-called negative equity. These reductions also lead to fewer transactions on the housing market, with effects on mobility of workers.

How do the EU Member States score?

Housing market bubbles have been one of the main macroeconomic imbalances leading to the current economic crisis. Household indebtedness is closely linked with housing market developments: growth in credit to households, house price increases and high residential investment went hand in hand during the decade preceding the crisis, leading to higher indebtedness of the private sector. While the length and the speed of this expansion has shown significant variations across countries, house prices peaked in a vast majority of Member States in 2007/2008 ⁽¹⁾, ending a particularly pronounced price cycle across the EU. In 2006-2007, half of the Member States where data is available recorded price increases above 6%/year, a threshold considered as an alert of internal imbalances ⁽²⁾.

Taking into account the 2007-2012 period, house prices contracted considerably in Ireland (-49.5 %, until 2010), Latvia (-35.7%) and Estonia (-30.2%). In Ireland house prices in 2010 were significantly lower than in 2005. A substantial decrease between 2007 and 2012 was also registered Spain (-28.0%), and Romania (-26.1 %, 2010-2012).

Between 2007 and 2012, house prices kept on increasing considerably in Sweden (+16.3%), Luxembourg (+15.1%), Finland (+14.8%) and Belgium (+14.0%), and at a slower pace in Malta (+8.2%), Germany (+6.8%) and France (+4.5%).

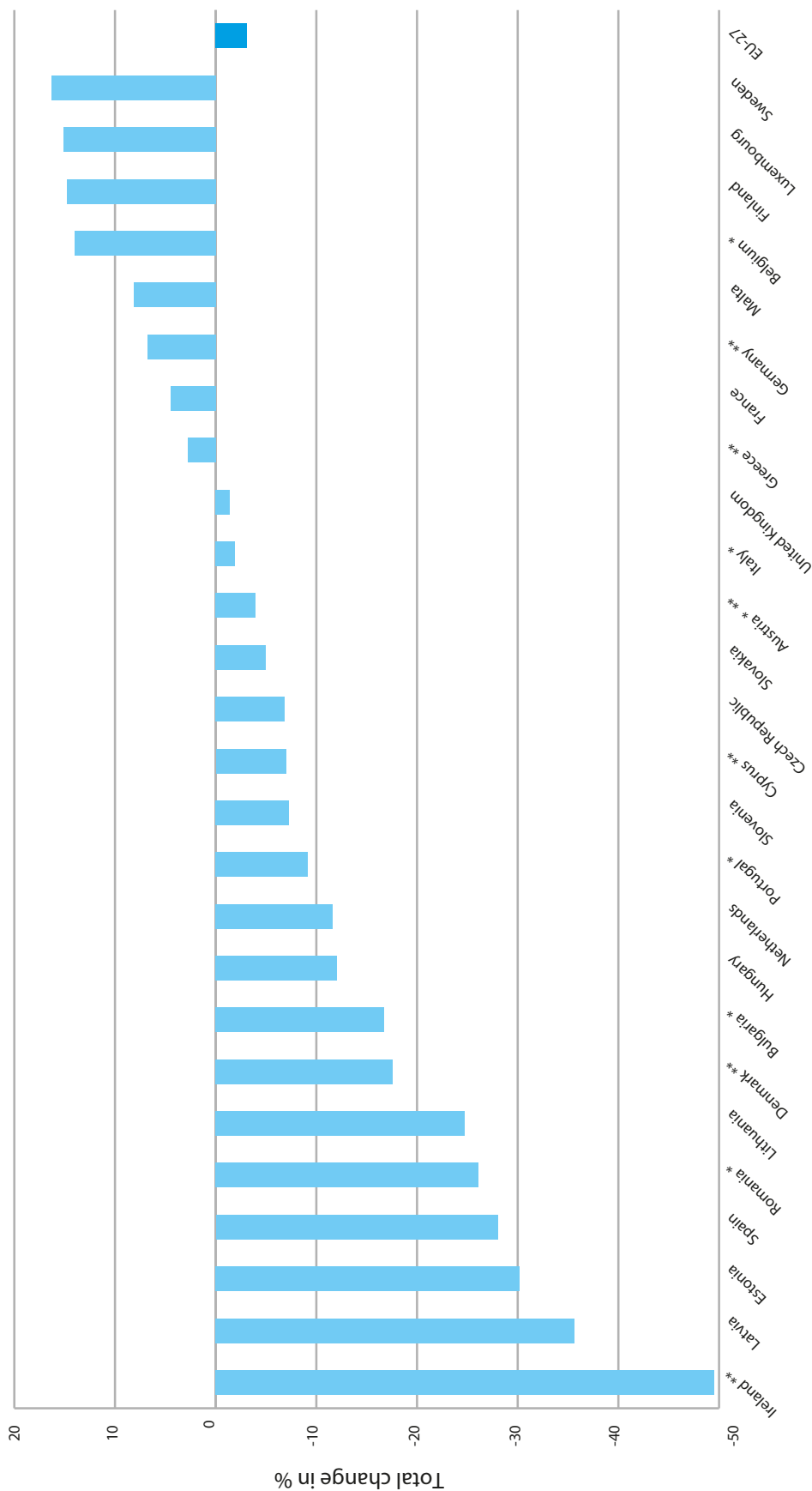
This table shows the five countries with the highest drop of house prices

Country	House Price Index, 2007-2012
Ireland (2007-2010)	-49.5
Latvia	-35.7
Estonia	-30.2
Spain	-28.0
Romania (2009-2012)	-26.1

1. http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/documents/alert_mechanism_report_2012_en.pdf

2. Ibid.

House price index, 2007-2012



* Different starting year: BG & PT: 2008, RO, AT & BE: 2009, IT: 2010

** Different ending year: CY & IE: 2010, DE, AT & DK: 2011

Source: Eurostat

3. Trade in Goods, 2008-2009

International trade refers to selling (exports) or buying (imports) of goods and services along international borders. The analysis is based on the trade volume index. It accounts, simultaneously, for change in prices and in volumes of export and import; therefore it is a suitable indicator of change over time.

Why does this matter?

Through export, countries can expand their market, which is important in particular for countries with small domestic markets. Imports can increase competition on the domestic market and improve the choice of goods and services available to consumers, at lower prices. A positive balance of exports and imports (trade surplus) contributes to GDP growth. A negative balance (trade deficit) lowers GDP.

How do the EU countries score?

As the crisis spread across the economies, people started to consume less and firms started to buy less intermediate goods. This led to a serious contraction in both, exports and imports of goods and services, worldwide.

In the EU, the Central and Eastern countries, suffered the highest drop in imports. The countries in the table saw their imports falling by a nearly a quarter in Bulgaria to nearly a third in Latvia, in just one year. Most of the countries that joined the EU after 2004 were enjoying a period of high economic growth fuelled by high investments and high consumption, before the crisis hit them. At the same time, imports grew significantly. The crisis brought this development to a halt during at least two years (2008-2010) before imports started to grow again.

The effect of the crisis on trade in the less developed MS was higher on imports, whereas the import of intermediate products, which will be transformed and exported again, is likely to increase apace with the exports. Imports of final consumption goods will only grow when disposable household income starts to grow again.

The four of the five countries with a reduction in exports of 18% or more (see table) have a GDP per head above the EU average. In general, the decline in trade was associated mainly with falling exports in the more developed MS, indicating that the consumption of final goods did not drop as quickly as in the less developed MS.

In general, imports fell faster than exports and took also longer to recover. By 2011 most of the EU countries reached or nearly reached their trade volumes from the pre-crisis period. However, the consequence of such abrupt fall in consumption and production, for their labour market will take much longer to recover.

This table shows the five countries with the highest reduction in the import volume index from 2008 to 2009, in %

Country	Imports, 2008-2009
Latvia	-28.8
Lithuania	-27.0
Romania	-26.4
Estonia	-25.1
Bulgaria	-23.9

This table shows the five countries with the highest reduction in the export volume index from 2008 to 2009, in %

Country	Exports, 2008-2009
Finland	-26.1
Sweden	-19.6
Italy	-18.8
Austria	-18.4
Malta	-18.0



4. Foreign Direct Investments

Foreign direct investment is an investment made by a company or entity based in one country, into a company or entity based in another country in order to acquire a lasting interest (10 percent or more of voting stock). The difference in inward and outward FDI is called FDI balance. It is usually expressed with relation to a country's GDP.

Why does this matter?

A negative FDI balance means that a country receives more investment from abroad than it sends abroad. As a result, a negative FDI balance leads to higher private investments. This will boost the economic activity in a country. In addition, it can contribute to efficiency gains, transfer of innovative technologies and higher productivity.

How do EU countries score?

The table shows the countries with the where net inflows were much higher than net outflow as a share of GDP. Most of them are relatively small and open economies with skilled workforce. With the exception of Belgium, they are all Member States with GDP per head (well) below the EU average.

Joining the EU may have contributed to increase of FDI in several of the Central and Eastern Member States due to the access to the single market and the incorporation of the EU acquis into national legislation.

Foreign direct investment dropped rapidly in 2008 and 2009 as global credit conditions started to deteriorate. The fall was more substantial for inflows than outflows of FDI, which led to significantly lower investments in the main recipient of FDI in the EU.

Bulgaria experienced the biggest reduction in inward FDI as share of GDP (-12 pp). Nevertheless, it still is one of the main destinations for investors in the EU. This is also the case for Malta.

Among the ten Member States with the biggest drop in inward FDI, there are four Western MS. This is not so surprising for small, open economies such as Luxembourg, Denmark and the Netherlands, but it also includes the large economy of the UK, where it dropped by 4 pp.

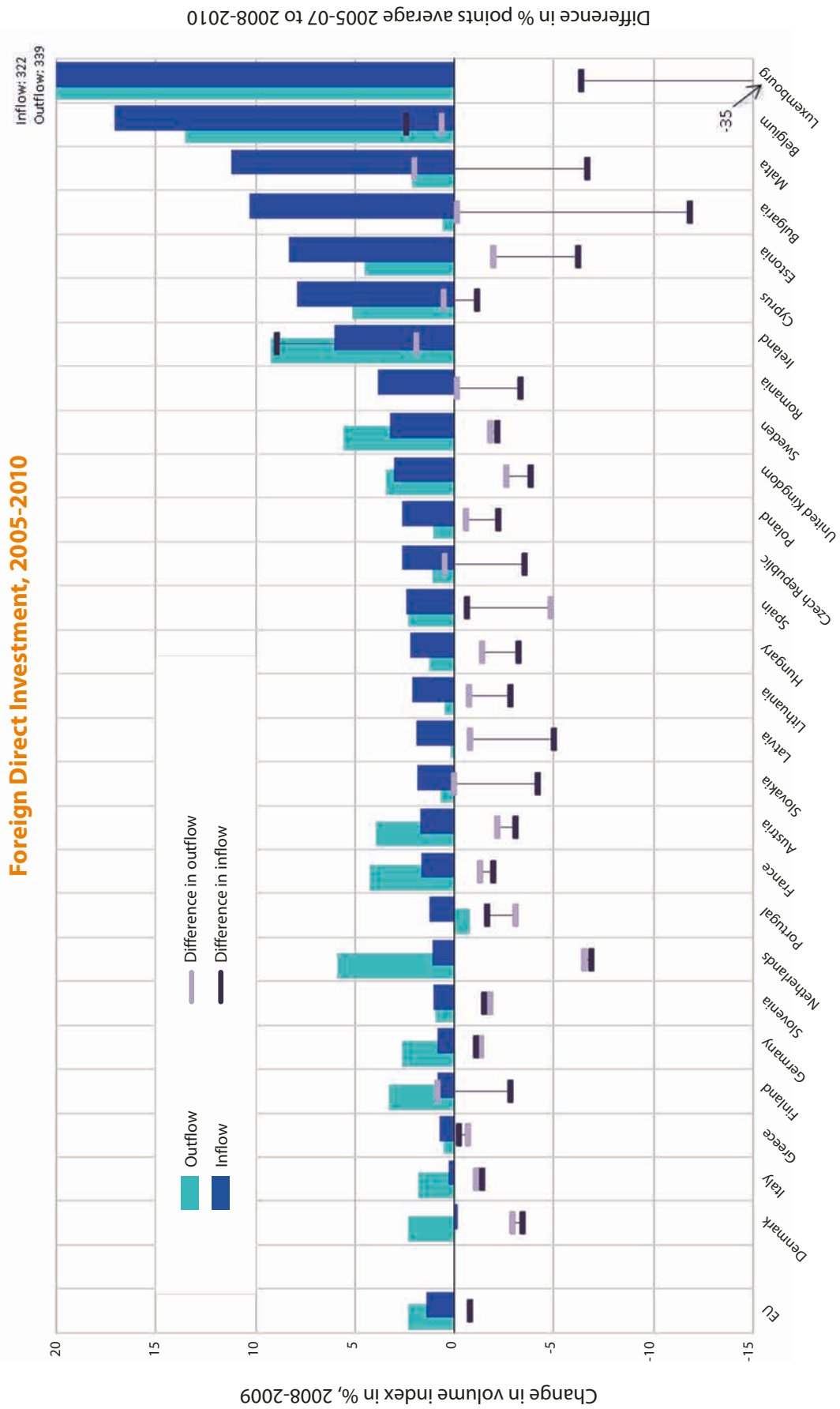
In 2011, FDI flows showed strong signs of a recovery. Both flows from one EU country to another and from the outside the EU into the EU increased substantially compared to 2010.

This table shows the countries with the highest negative net FDI balance as a share of GDP in 2008-10, i.e. the biggest net recipients of FDI

Country	Net FDI Balance, 2008-10
Bulgaria	-9.7
Malta	-9.1
Romania	-3.8
Estonia	-3.8
Belgium	-3.6
Cyprus	-2.8
Portugal	-2.0
Latvia	-1.7
Lithuania	-1.6
Poland	-1.6

This table shows the countries with biggest reduction of inward FDI as a share of GDP from 2005-07 to 2008-10, in pp

Country	Difference in inward FDI, 2005-07 to 2008-10
Bulgaria	-11.9
Netherlands	-6.9
Malta	-6.7
Luxembourg	-6.4
Estonia	-6.3
Latvia	-5.0
Slovakia	-4.2
United Kingdom	-3.9
Czech Republic	-3.6
Denmark	-3.5



5. Change in GDP and Employment, 2007-2010

These two indicators measure the average annual change in GDP and employment between 2007 and 2010, i.e. the average growth in 2008, 2009 and 2010.

Why does this matter?

Reductions in GDP lead to lower incomes and reduce government revenues. Reductions in employment increase unemployment and demands for unemployment benefits.

How do the EU regions score?

Two out of three EU regions suffered a contraction of their GDP between 2007 and 2010.

The ten regions where GDP shrunk fastest include the three Baltic States and one of the two Irish regions. It does not include a Spanish region as they suffered more from employment than GDP losses.

For Greece no regional growth figures are available. The country's GDP shrunk by -2.5% a year over that period and the contraction of GDP was even harsher after 2010.

The growing regions are mainly located in Poland, Germany, Sweden, Slovakia and the Czech Republic.

More than one out of two regions suffered a reduction of employment between 2007 and 2010. Employment reductions were particularly high in Spain, Ireland and the Baltic States. In Greece, employment only shrunk by 0.7% between 2007 and 2010 and lost far more employment in 2011 and 2012.

Bulgaria and Romania both have regions which saw big declines in employment. National level data shows that employment continued to decline in 2011, but Romania managed return to growth in 2012.

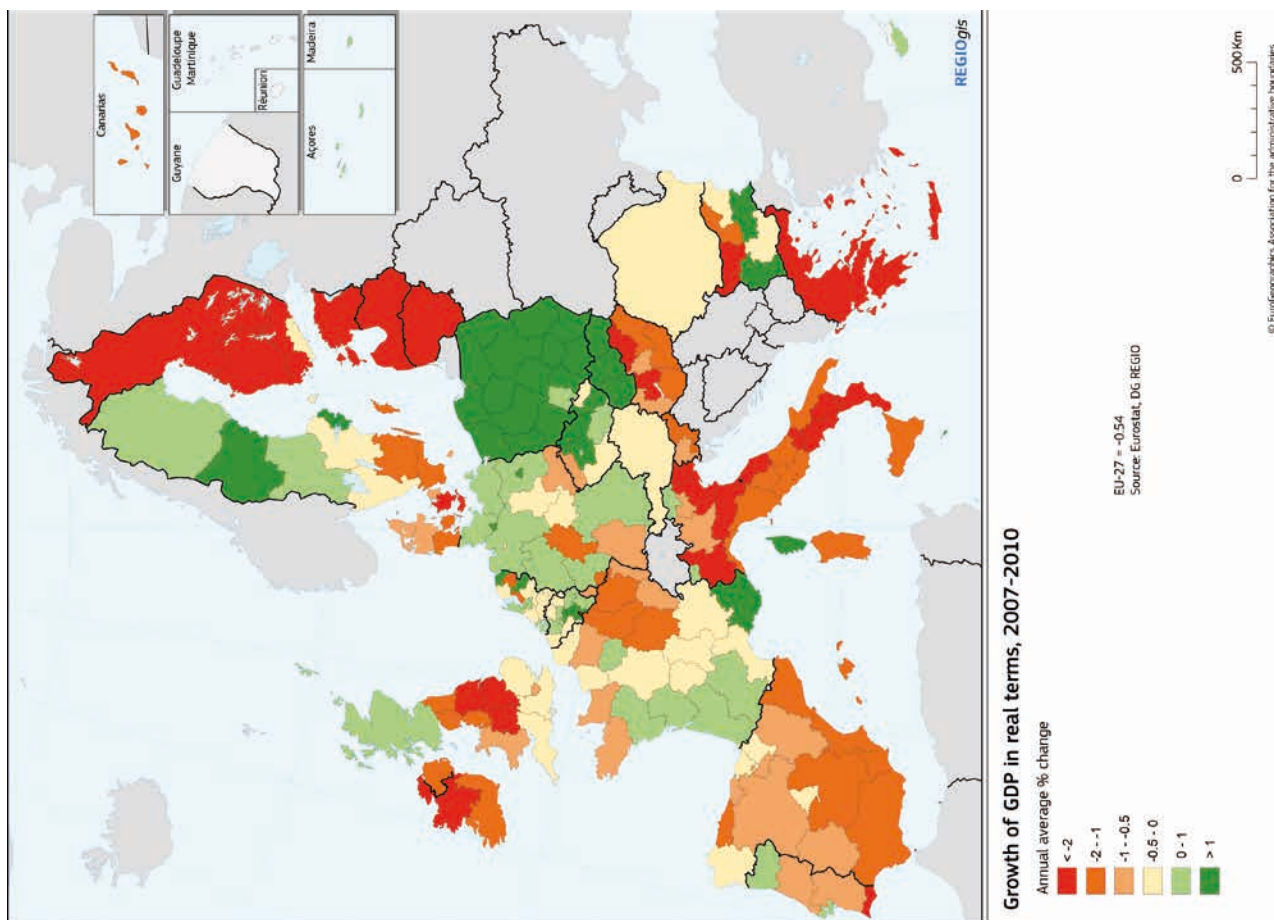
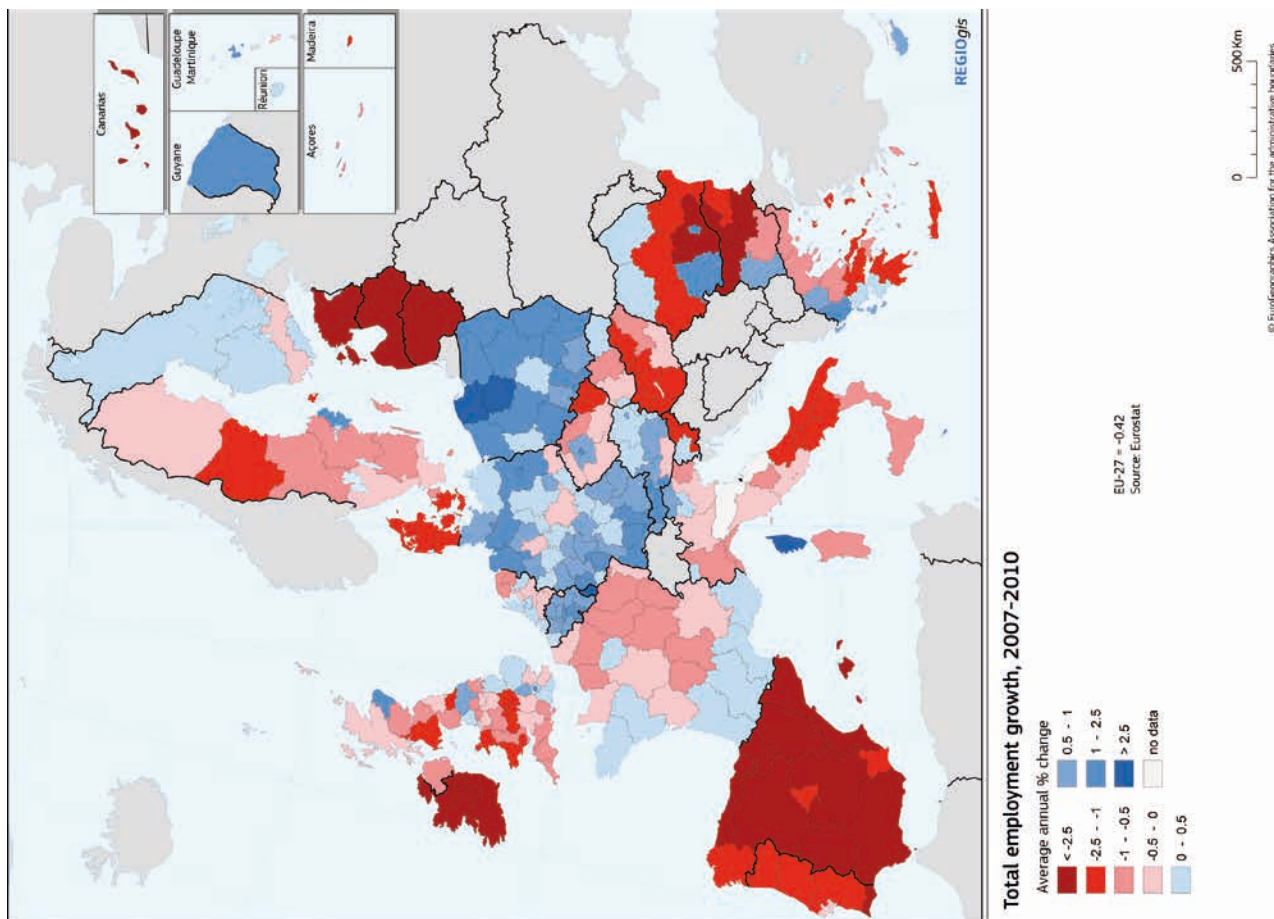
The regions with employment growth were mainly located in Poland, Germany, Austria, Belgium and Luxembourg.

This table shows the ten regions where GDP shrunk fastest between 2007 and 2010, in % average annual change

MS	Region	GDP growth 2007-2010, %
LV	Latvija	-6.2
EE	Eesti	-4.8
HU	Észak-Magyarország	-4.0
FI	Etelä-Suomi	-3.7
LT	Lietuva	-3.5
HU	Közép-Dunántúl	-2.8
IT	Molise	-2.0
DK	Sjælland	-1.7
BG	Severozapaden	-1.6
IE	Border, Midland & Western	-1.6

This table shows the ten regions where employment shrunk fastest between 2007 and 2010, in % average annual change

MS	Region	Employment growth 2007-2010, %
BG	Severozapaden	-6.2
LV	Latvija	-5.9
IE	Border, Midland & Western	-5.2
EE	Eesti	-5.0
ES	Comunidad Valenciana	-4.7
ES	Cantabria	-4.5
IE	Southern & Eastern	-4.3
LT	Lietuva	-4.2
ES	Comunidad Foral de Navarra	-4.0
ES	Ciudad Autónoma de Melilla	-3.9



6. Unemployment, 2012

This indicator measures the number of people aged 15-74 who are without work but looking for work and available for work, divided by the number of people aged 15-74 and active in the labour market, i.e. those employed and unemployed.

Why does this matter?

High unemployment is a threat to social cohesion leading to poverty and social exclusion and it is one of the most important incentives for people to leave their regions.

How do the EU regions score?

Regional disparities in unemployment among the EU-27 regions remain high. More than one region in three has an unemployment rate above 10%. The highest rates are registered in Spain, Greece and in the overseas departments of France. In the top-30 regions in terms of unemployment, 29 are located in these three countries.

The regions recording unemployment rates above 15% are almost one out of five (one out of ten in 2010). In contrast, about one region out of six registers unemployment rates below 5% (a total of 45, an increase from the 41 regions in 2011). These regions are mainly located in Austria, Germany, Belgium and Netherlands.

It is possible to identify different trends for the period 2008-2012. Between 2008 and 2012 unemployment increased in four out of five regions. The crisis hit severely regions of Spain, Greece, Ireland and the Baltic States. Instead, unemployment dropped almost exclusively in German regions, especially in Eastern Landers (also due to labour mobility).

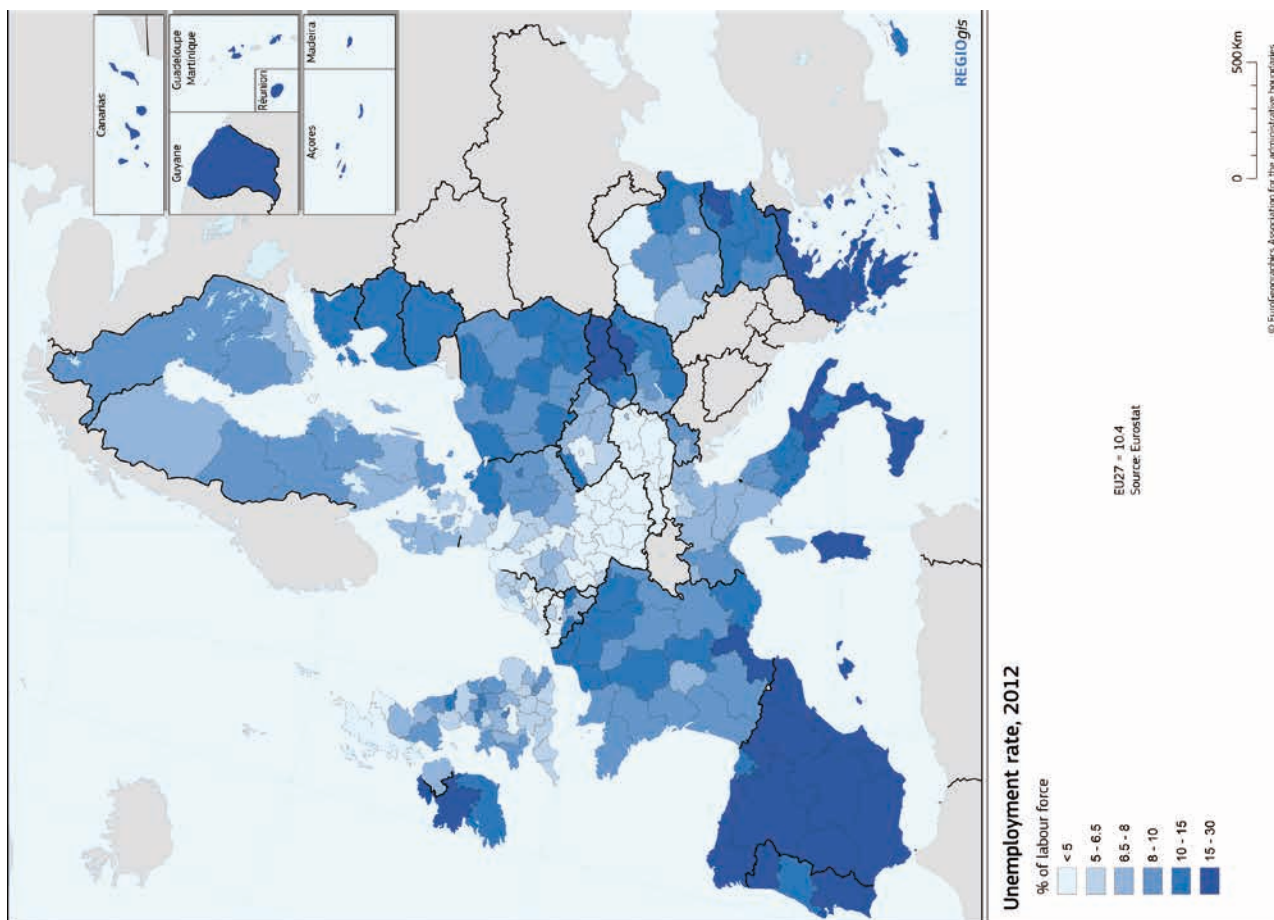
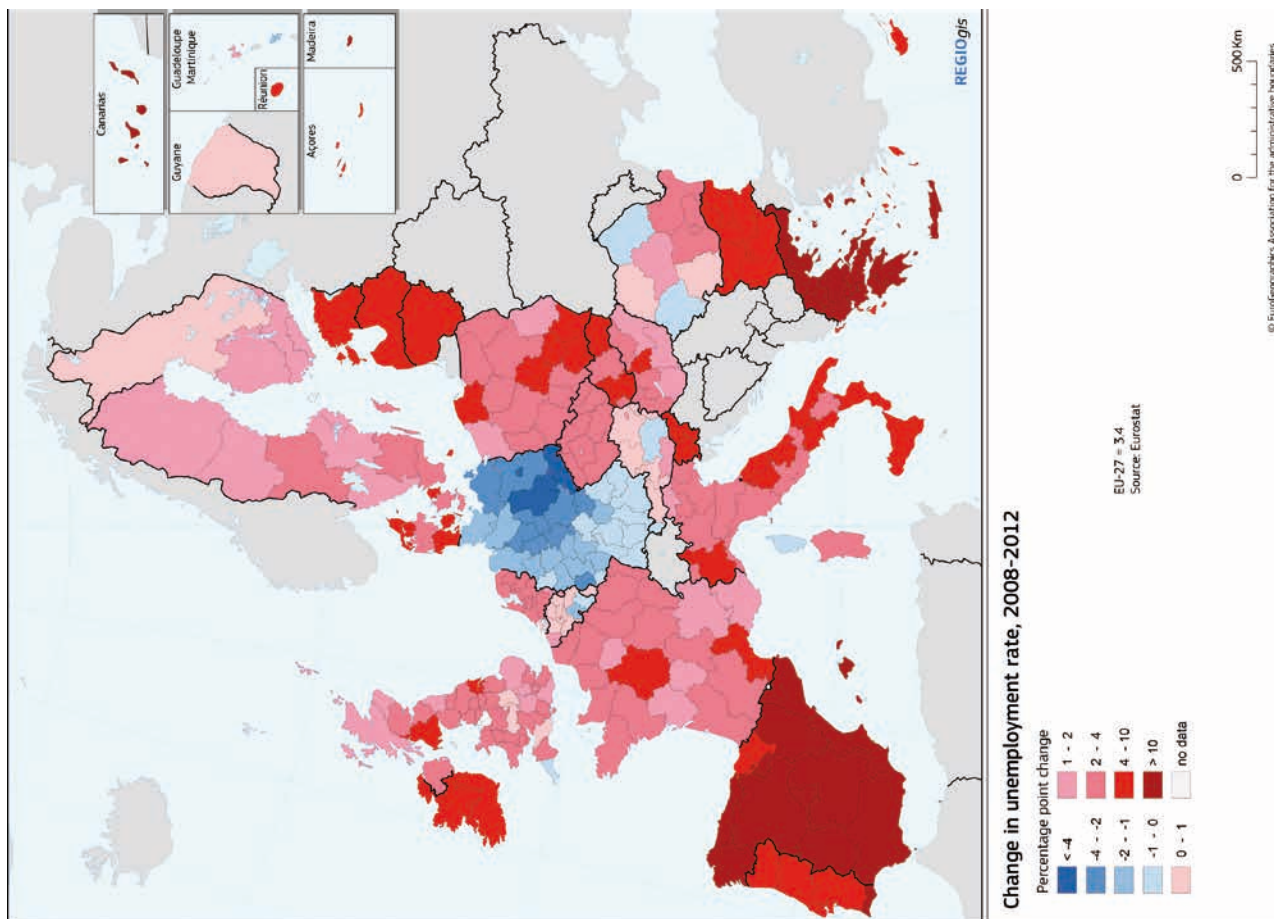
One in three regions saw increases until 2010 and have shown some resilience since then. These regions are located in particular in Belgium, Czech Republic, Slovakia, Austria, Sweden and the UK.

This table shows the ten regions the highest unemployment rates in 2012

MS	Region	GDP growth 2007-2010, %
ES	Ciudad Autónoma de Ceuta	38.5
ES	Andalucía	34.6
ES	Extremadura	33.0
ES	Canarias	33.0
EL	Dytiki Makedonia	29.9
ES	Melilla	28.6
FR	Réunion	28.6
ES	Castilla-La Mancha	28.5
ES	Región de Murcia	27.9
EL	Stereia Ellada	27.8

This table shows the ten regions with the biggest increase in unemployment rate in pp

MS	Region	Employment growth 2007-2010, %
ES	Ceuta	21.2
EL	Stereia Ellada	19.3
EL	Attiki	18.9
ES	Extremadura	17.8
EL	Kentriki Makedonia	17.7
EL	Dytiki Makedonia	17.4
ES	Castilla-La Mancha	16.9
ES	Andalucía	16.8
EL	Voreio Aigaio	16.7
EL	Dytiki Ellada	15.9



7. Youth Unemployment, 2012

This indicator divides the number of people aged 15-24 who are without work but looking for work and available for work, by the number of people aged 15-24 and active in the labour market, i.e. those employed and unemployed.

Why does this matter?

Unemployment at a young age can have a long-lasting negative impact, a 'scarring effect'. In addition to higher risks of future unemployment, lower wages, these young people are also at a higher risk of social exclusion, of poverty and of facing health problems. High unemployment is one of the main drivers for young people to leave their regions.

How do the EU regions score?

Regional disparities in youth unemployment rates among the EU-27 regions are pronounced – with differences up to 13 times between regions experiencing the highest and the lowest youth unemployment rates.

Two regions out of five have a youth unemployment rate above 25%. The highest youth unemployment rates are registered in Spain, Greece and Italy. In the top-30 regions in terms of youth unemployment, 29 are located in these three countries.

In contrast, only 15% of the regions register youth unemployment rates below 10%, mainly located in Austria, Germany and the Netherlands.

Between 2008 and 2012 youth unemployment increased in four out of five regions. The crisis hit severely regions of Greece, Spain (where the increase in youth unemployment was between 10 percentage points in Navarra and over 27 p.p. in Asturias), Bulgaria, and Lithuania and Latvia.

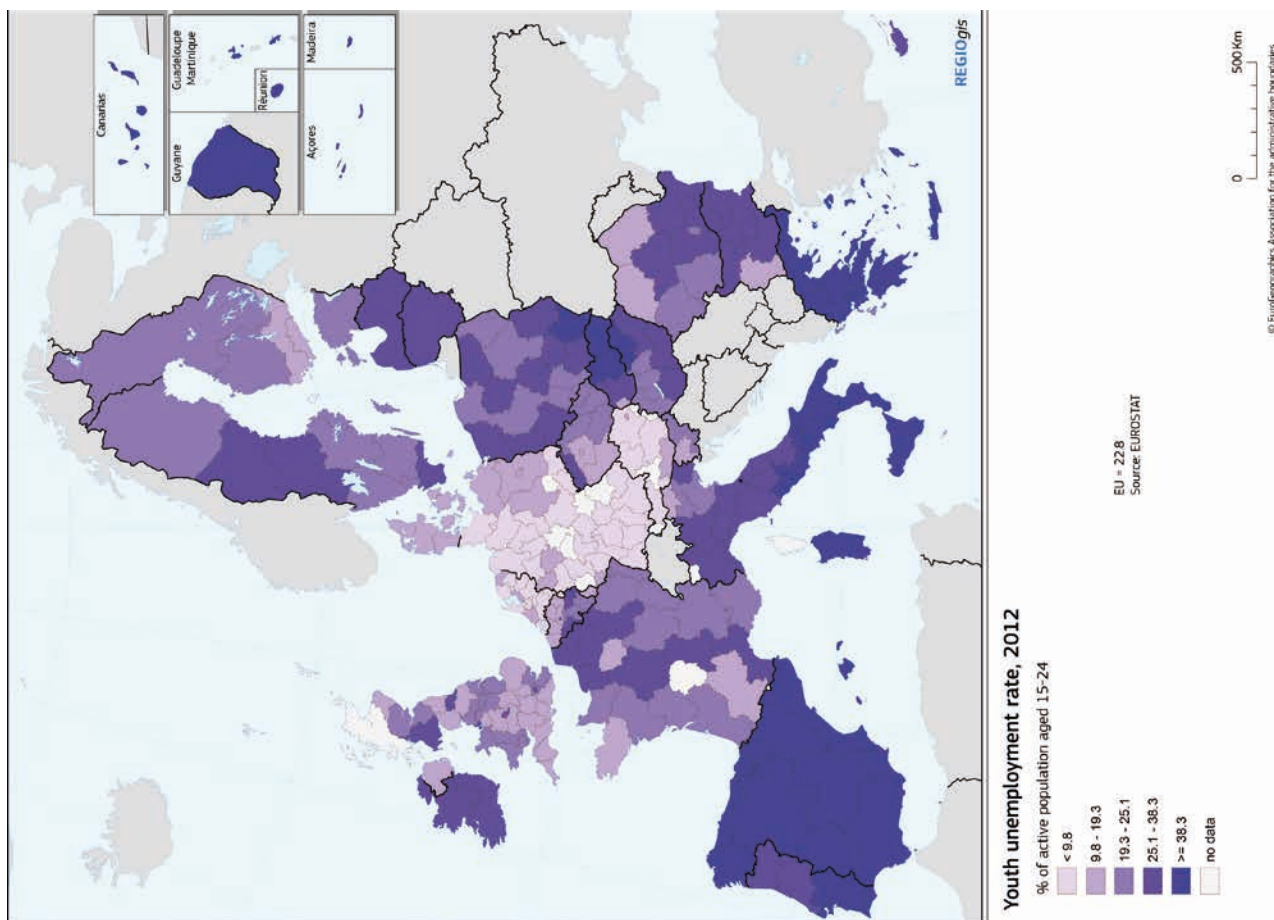
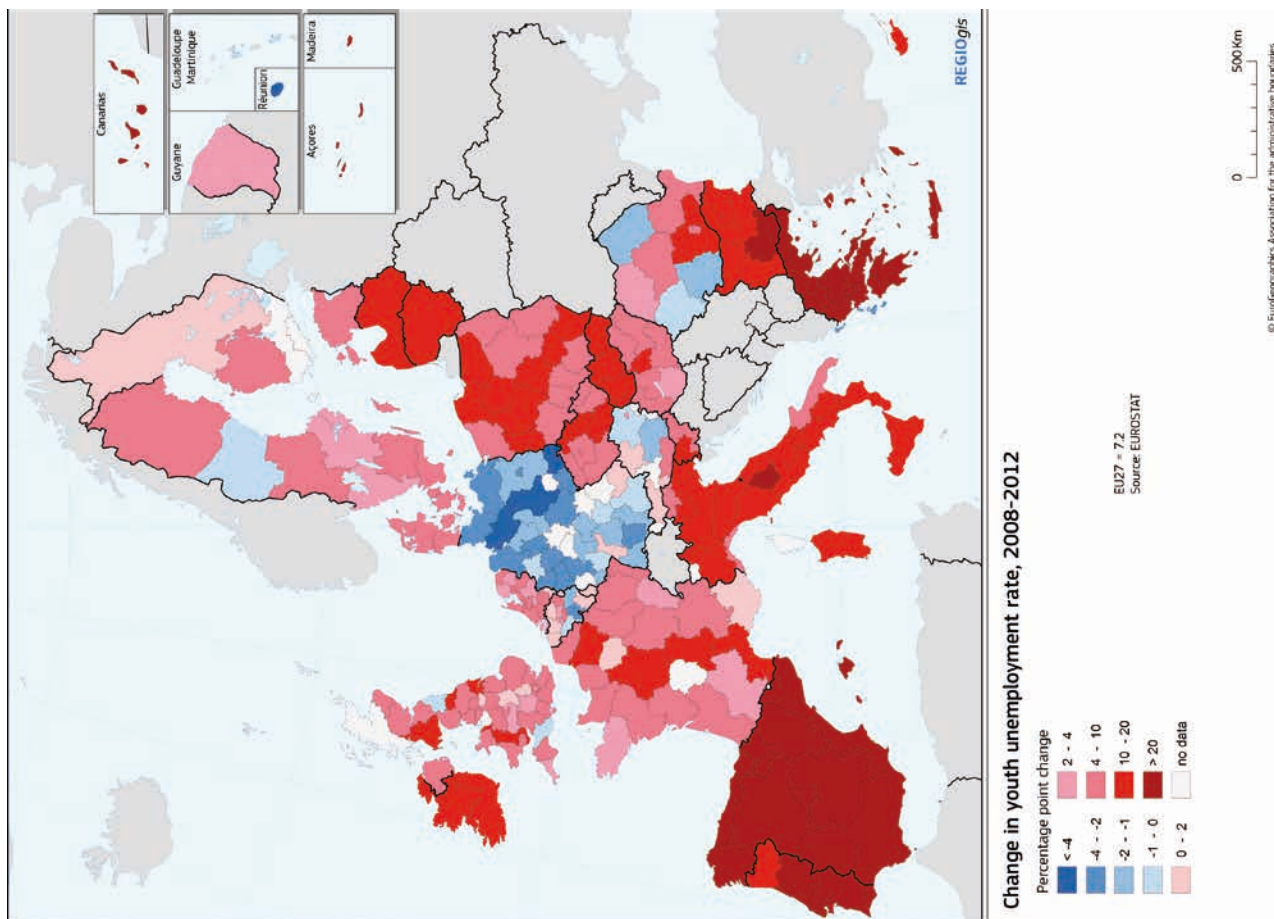
In contrast, youth unemployment rates dropped in regions, 35 of them located in Germany, 5 in Belgium and 4 in Austria.

This table shows the ten regions with the highest youth unemployment rate in 2010

MS	Region	Youth Unemployment rate, 2012
EL	Dytiki Makedonia	73
ES	Ciudad Autónoma de Ceuta	71
ES	Canarias	63
ES	Andalucía	62
ES	Extremadura	62
EL	Peloponnisos	61
ES	Ciudad Autónoma de Melilla	61
EL	Ipeiros	60
EL	Kentriki Makedonia	60
EL	Stereia Ellada	59

This table shows the ten regions with the largest increase in youth unemployment rate, in pp

MS	Region	Youth Unemployment rate, 2008-2012
EL	Peloponnisos	40
EL	Kentriki Makedonia	38
EL	Attiki	37
EL	Dytiki Makedonia	36
PT	Região Autónoma da Madeira	34
ES	Extremadura	32
ES	Castilla-La Mancha	32
ES	Ciudad Autónoma de Ceuta	31
ES	Andalucía	31
EL	Stereia Ellada	31



8. People aged 15 to 24 not in Employment, Education or Training (NEET), 2012

This indicator divides the number of people aged 15-24 that are not employed (both unemployed and inactive) and not involved in any education or training by the total number of people aged 15-24.

Why does this matter?

People not in employment, education or training age 15-24 are likely to be early school leavers and unlikely to have completed tertiary education. Europe 2020 aims to reduce the share of early school leavers and increase the share of tertiary educated by 2020. In addition, a high share of NEETs can indicate increasing resignation among young people and lack of trust in state institutions, a major threat to social cohesion.

How do the EU regions score?

Regional disparities in NEET rates among the EU-27 regions are pronounced – with differences up to 12 times between regions experiencing the highest and the lowest NEET rates.

The regions with the highest rates – with more than 1 out of 5 young people not in employment, education and training – can be found in Bulgaria and Romania (for reasons of higher inactivity), as well as Italy, Spain, and Greece (for reasons of higher unemployment).

In contrast, only 6% of the regions (16 out of the 268 regions for which data were available) register NEET rates below 5%, mainly located in the Netherlands. Regions with the lowest NEETs rates are also located Austria, Germany and the Czech Republic (the city of Prague).

Between 2008 and 2012 NEET rates increased in four out of five regions. The increase in NEET rates was particularly sharp for regions in Greece, Romania and Bulgaria with regional increases of 10 pp or more.

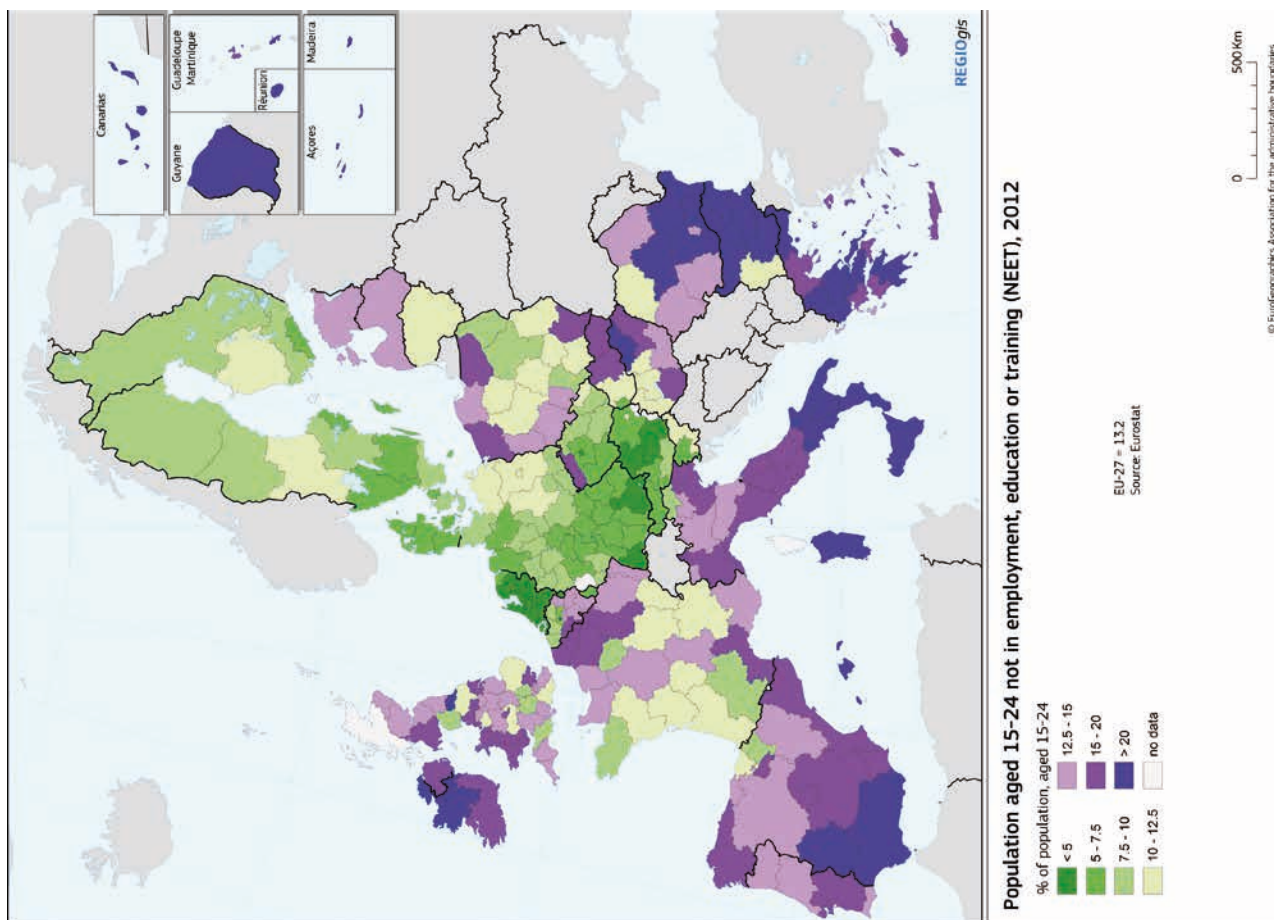
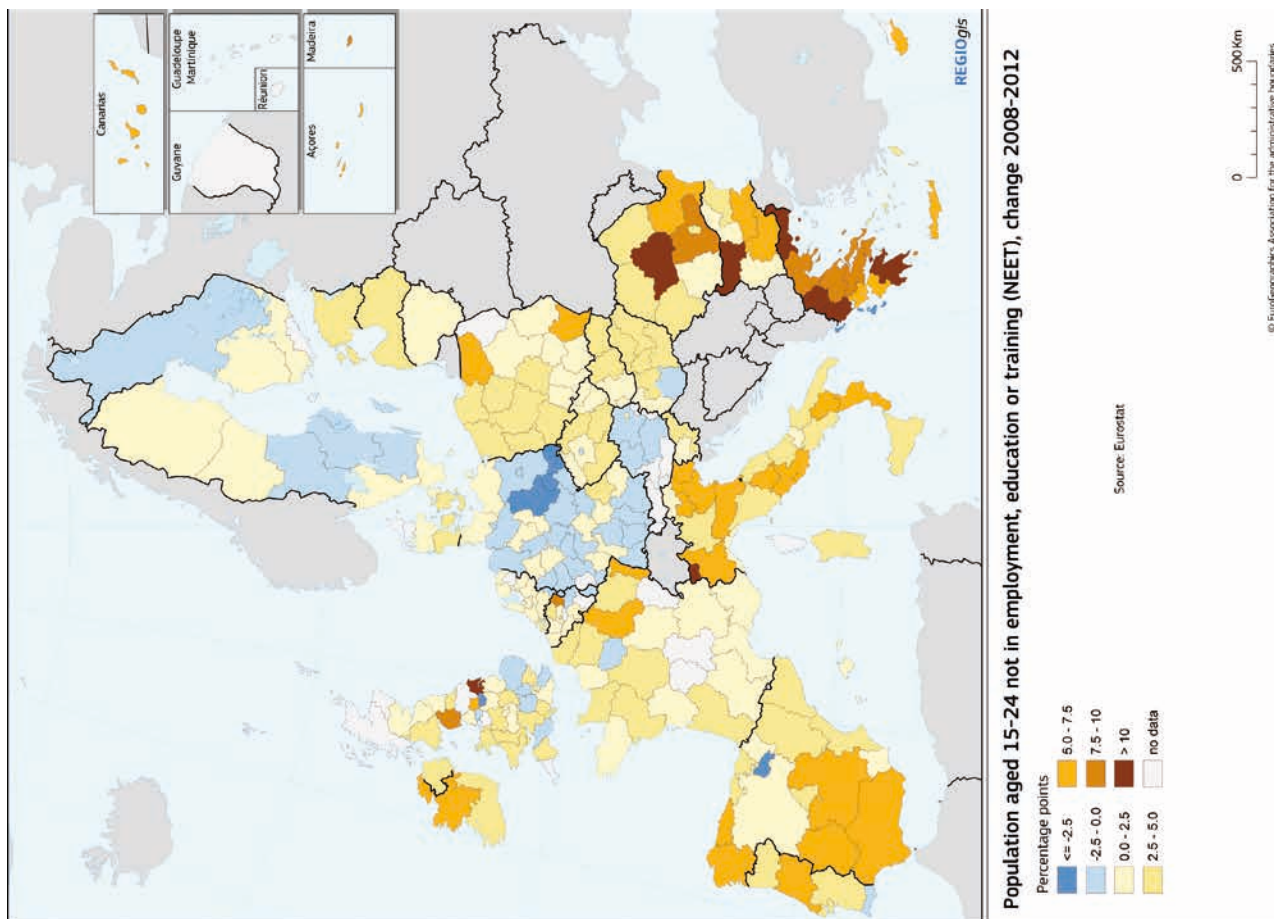
In contrast, NEET rates dropped in 51 regions, most of these are located in Germany, Sweden, Finland and Austria.

This table shows the ten regions with the highest NEET rate in 2012, in % of population aged 15-24

MS	Region	NEET, 2012
BG	Severozapaden	36
IT	Sicilia	31
IT	Campania	30
IT	Calabria	30
FR	Réunion	29
EL	Peloponnisos	29
EL	Anatoliki Makedonia, Thraki	28
BG	Yugoiztochen	28
ES	Ciudad Autónoma de Ceuta	28
EL	Stereia Ellada	27

This table shows the ten regions with the largest increase NEET rate between 2008 and 2012, in pp

MS	Region	NEET rate, 2008-2012
EL	Peloponnisos	14
IT	Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste	14
EL	Anatoliki Makedonia, Thraki	13
BG	Severozapaden	12
RO	Centru	12
EL	Ipeiros	11
UK	East Yorkshire and Northern Lincolnshire	11
EL	Dytiki Makedonia	10
UK	Cumbria	10
BE	Prov. Limburg (BE)	9



9. Net migration

Net migration is the difference between inward migration and emigration per thousand inhabitants. It is calculated by subtracting natural population change from total population change.

Why does this matter?

Migration can help to reduce regional disparities. In the receiving regions, it can boost employment and economic growth in by reducing labour shortages. The sending regions may witness a reduction of unemployment and an increase in money sent home by migrants (remittances). Rapid changes in total population, however, can lead to significant adjustment costs to increase or decrease public services.

How do the EU regions score?

Net migration turned negative or slowed down in many parts of the EU as a result of the crisis. In the transition regions, net migration dropped from 8.5 to 4.8 per thousand inhabitants. Nevertheless, the transition regions still have the highest average net migration rate. Regional Competitiveness and Employment (RCE) regions come close with a rate of 3.2 and the convergence regions trail behind with a rate of 0.4.

The regions with the highest net migration rates are a mixture of Eastern, Western and Southern regions, including three capital regions. In many Eastern Member States, the capital region has the highest net migration.

The crisis reduced migration in regions that experienced largest inflows of labour migrants in the pre-crisis period, such as in Spain and Ireland. Despite the large reductions of net migration, many Spanish regions still had some of the highest levels of net migration. In Greece, migration dropped or remained stable, but all Greek regions kept a positive net migration rate. As the crisis continues to unfold, the increasing differences in regional unemployment rates may still affect migration in the coming years.

In Lithuania and Latvia, the crisis sped up the outflow with net migration rate moving from -2 to -8 and from -0.5 to -1.8 respectively. In contrast, in Estonia, net migration remained close to zero in both periods.

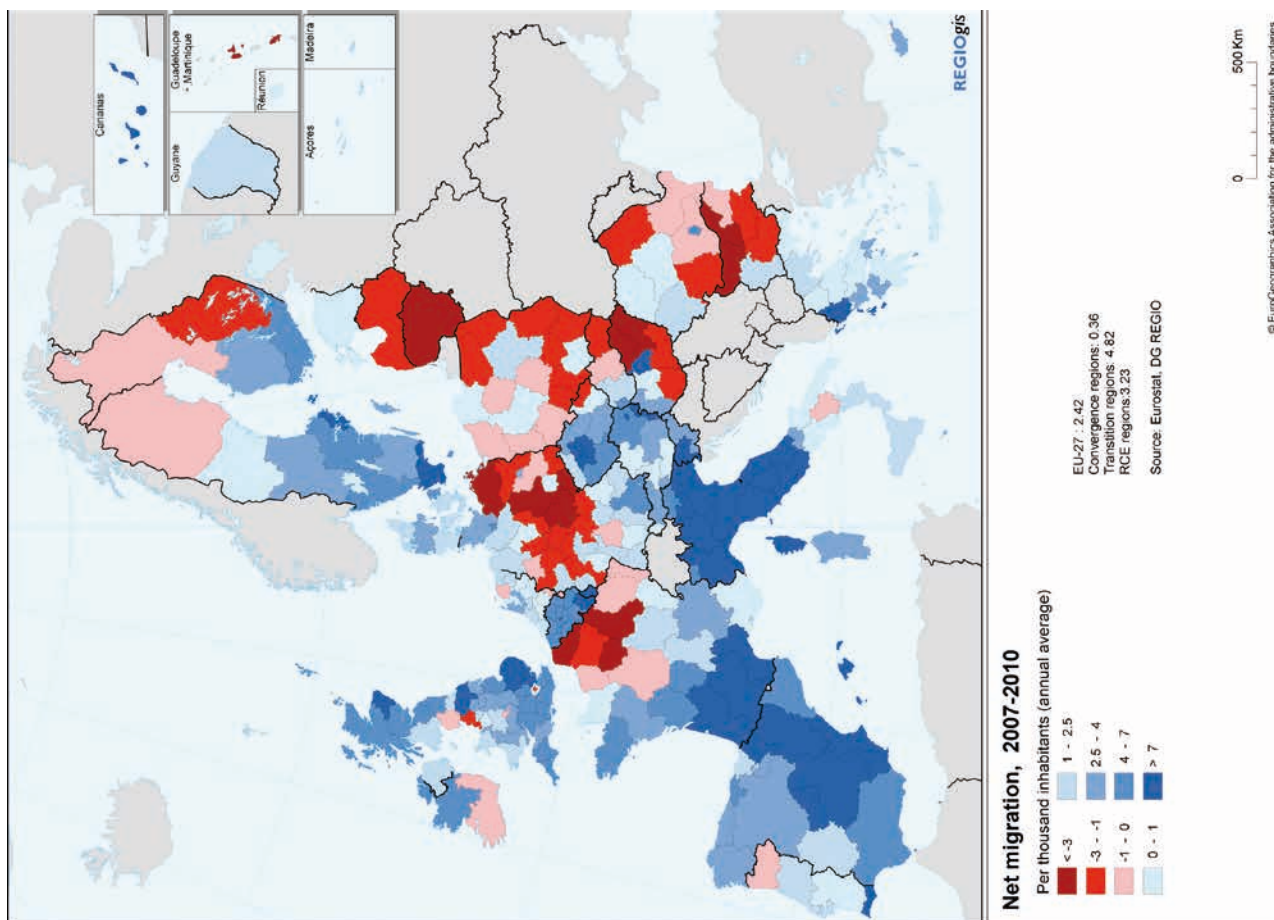
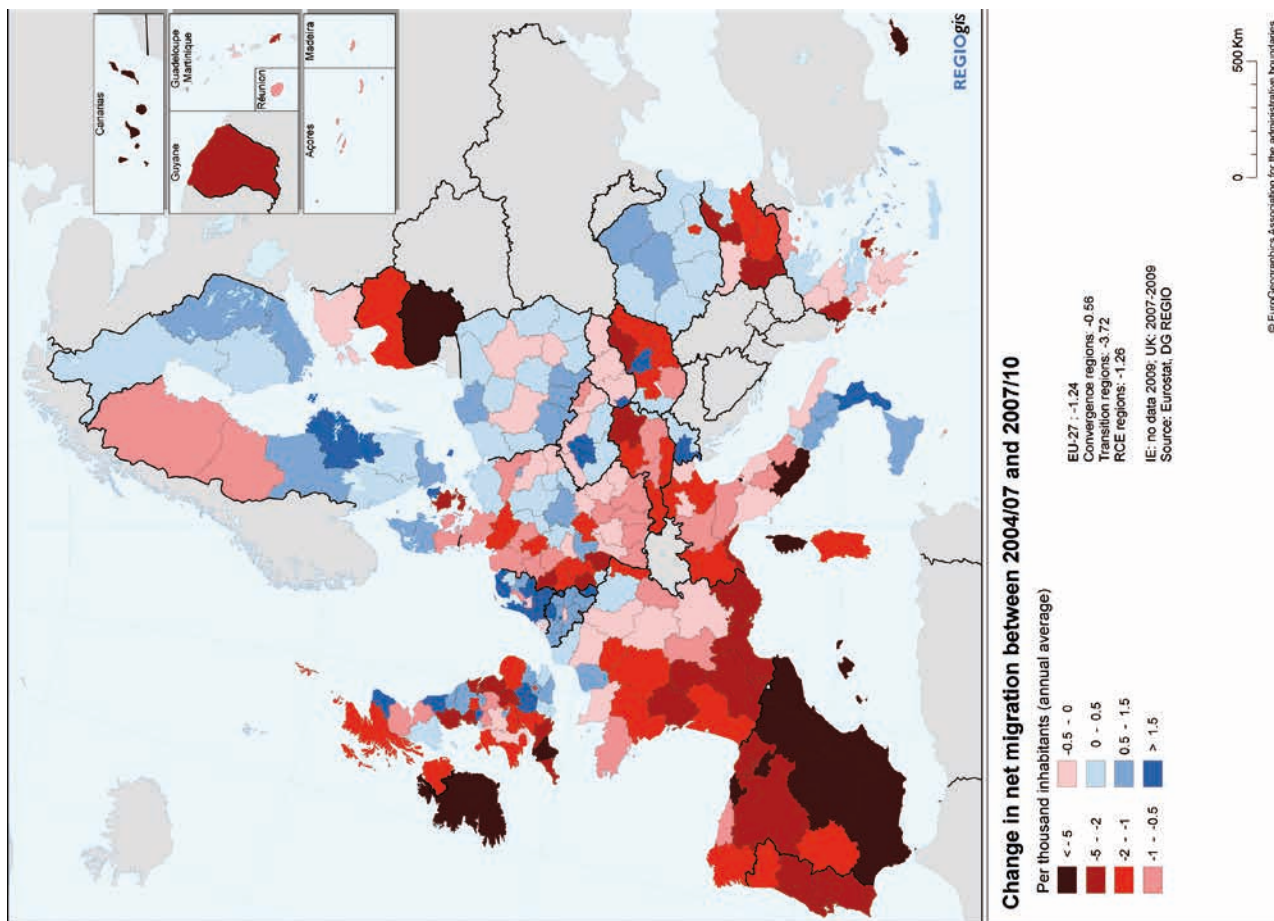
This table shows the ten regions with the highest average net migration, in 2007-10, per thousand inhabitants

MS	Region	NEET, 2012
CZ	Střední Čechy	16.3
LU	Luxembourg	14.1
ES	Illes Balears	13.2
ES	Castilla-La Mancha	12.6
CZ	Praha	12.6
BE	Région de Bruxelles-Capitale / Brussels Hoofdstedelijk Gewest	12.5
IT	Emilia-Romagna	12.4
IT	Ciudad	11.5
ES	Melilla	11.4
ES	Región de Murcia	11.2

This table shows the ten regions where average net migration decreased the fastest, between 2004-07 and 2007-10, in pro mille points

MS	Region	NEET rate, 2008-2012
ES	La Rioja	-14.8
ES	Comunidad Valenciana	-14.2
ES	Cataluña	-13.6
IE	Southern and Eastern	-13.4
CY	Κύπρος / Kypros	-12.2
ES	Illes Balears	-11.4
IE	Border, Midland & Western	-10.7
ES	Región de Murcia	-10.2
ES	Canarias	-9.5
ES	Comunidad de Madrid	-8.0

	Convergence	Transition	RCE	EU
Net migration, 2007-2010 per 1000 inhabitants	0.4	4.8	3.2	2.4
Change in net migration, 2007-10 vs 2004-07 per 1000 inhab.	-0.6	-3.7	-1.3	-1.2



10. Living in a household with a very low work intensity, 2011

This indicator divides the number of people who are living in households with very low work intensity by the population aged 0 to 59. Very low work intensity means that the adult(s) worked less than 20% of their total work potential during the past year. Households composed only of children, of students aged less than 25 and/or people aged 60 or more are excluded.

Why does this matter?

The Europe 2020 strategy aims to reduce the number of people at risk of poverty or exclusion in the EU with at least 20 million by 2020. This includes persons living in a very low work intensity household.

How do the EU countries score?

The ten countries with the highest share include some which had a very impact of the crisis, such as Ireland, Latvia and Lithuania. It also includes several countries with a relatively low impact of the crisis such as Germany. In 2011, Cyprus and Luxembourg had the lowest shares (4.6%, 5.8% resp.).

Figure 1 shows the shares in cities and in towns, suburbs and rural areas per country. In half of the MS, the share is higher in cities, typically in Western MS. In a quarter of the MS the shares are higher outside the cities, mostly in Central and Eastern MS. In the remaining MS, the shares in and outside cities is very similar.

At the EU level, the share only increased by 1 pp. The six MS with a very high impact of the crisis it increased most by between 4 and 9 pp. Ireland experienced the largest increase leading to a share of 23%. On the other hand, Romania and Poland reduced it (-1.5 pp and -1 pp resp).

The changes in and outside cities did not show a clear pattern (see Figure 2). In most countries the trend was similar in and outside cities. In Belgium and Sweden, very low work intensity in cities increased 3 pp more than outside cities. While in Bulgaria, Lithuania and Denmark very low work intensity increased by at least 3 pp more outside cities than inside. Overall, the pattern of urban advantage and disadvantage did not change due to the crisis.

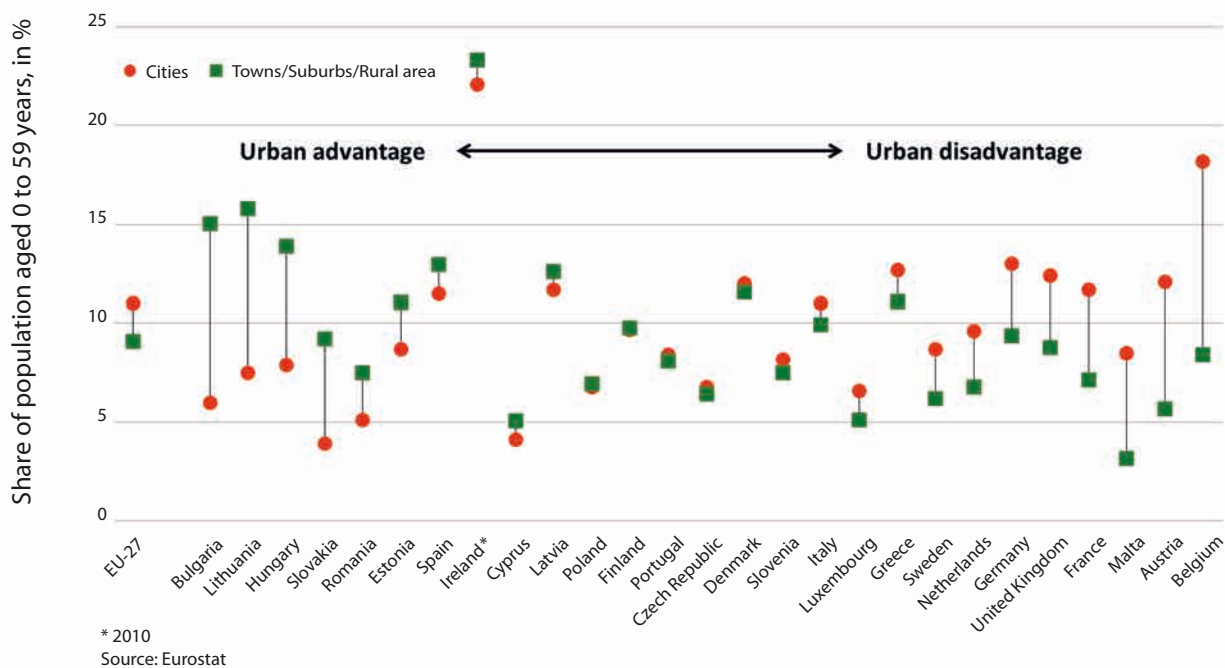
This table shows the ten countries with the highest share of population aged 0-59 living in very low work intensity households

Country	Persons living in very low work intensity household, 2011
Ireland (2010)	22.9
Belgium	13.7
Latvia	12.6
Lithuania	12.3
Spain	12.2
Hungary	12.1
Greece	11.8
United Kingdom	11.5
Denmark	11.4
Germany	11.1

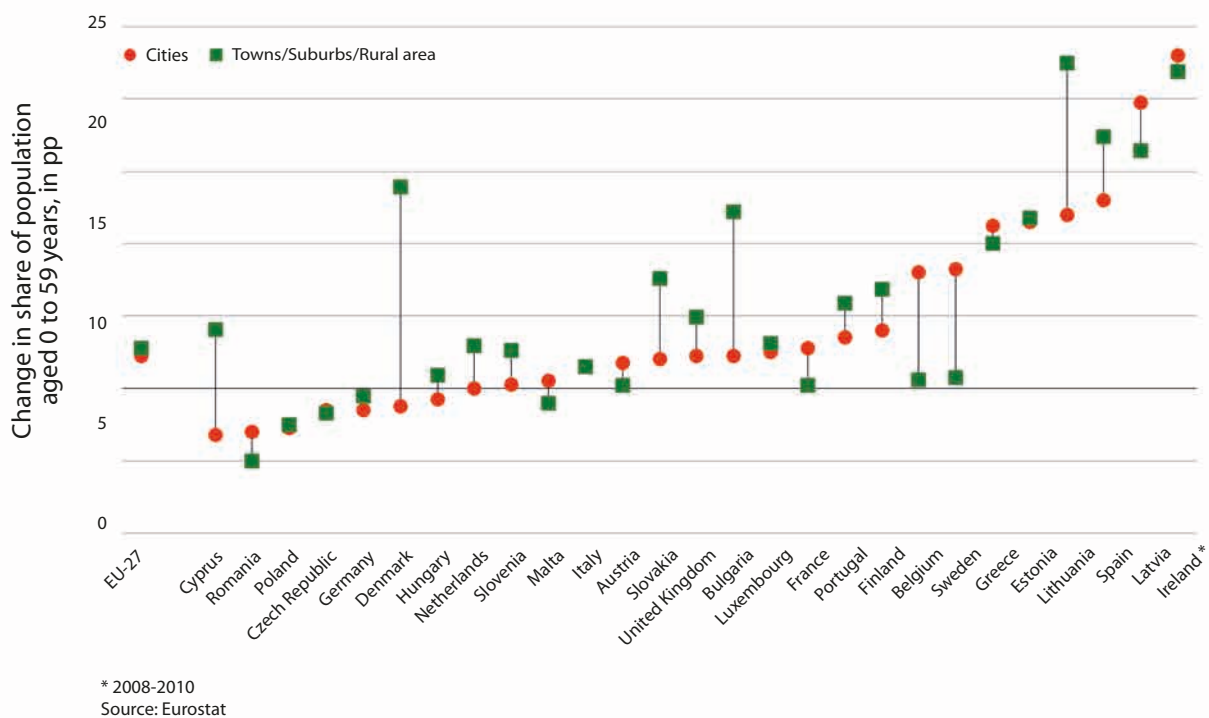
This table shows the ten countries with biggest increase in the share of population aged 0-59 living in very low work intensity households, 2008-2011 in pp

Country	Change in share living in a very-low-work-intensity household, 2008-2011
Ireland (2008-2010)	9.3
Latvia	7.5
Lithuania	7.2
Spain	6
Estonia	4.6
Greece	4.4
Denmark	3.1
Bulgaria	2.9
Finland	2.5
Slovakia	2.4

Very low work intensity in- and out-side cities, 2011



Change in very low work intensity in- and out-side cities, 2008-2011



11. GDP/head, 2010

This indicator measures the Gross Domestic Product (GDP) per head in Purchasing Power Standards. GDP is the total value of all goods and services produced. GDP/head is the level of output per inhabitant which is an indication of the average level of economic wealth generated per person. Purchasing Power Standards (PPS) eliminates differences in purchasing power due to different price levels between regions to facilitate comparisons.

Why does this matter?

In general, the level of GDP per head is closely related to global economic performance, in particular to production factor productivity and employment. Its change over time shows the pace of economic development.

How do the EU regions score?

The GDP/head distribution highlights the very large gaps in economic output existing across regions and Member States of the European Union. In 2009, the GDP per head ranged from 331 % of the EU average (Inner London, UK) to 27.3 % (Severozapaden, Bulgaria). Between 2007 and 2009, ratio between the average of GDP per head in the top-20 and bottom-20 regions decreased from 4.9 to 4.6. The regions with the highest GDP per capita in 2009 are mainly capital regions and located in Western or Northern Europe.

The relatively high levels of GDP per head of capital regions can be in part explained by a large daily influx of commuters from neighbouring regions. At the other hand of the spectrum, the ten regions with the lowest GDP per capita are located in Bulgaria, Romania and Hungary.

Compared to the EU-27 average, between 2000 and 2010, GDP per head in PPS increased in particular in regions located in the Member States that joined the EU in 2004 and 2007. Also regions located in Eastern Germany and Spain recorded a positive performance. Instead, negative performances are recorded by regions located in Greece, Italy, France, the UK and southern Sweden and Finland.

Eight out of the top-10 regions in terms of GDP per head increases are capital regions. However, the region with the largest decrease is also a capital region: Brussels.

This table shows the ten regions with the highest GDP per head in PPS in 2010

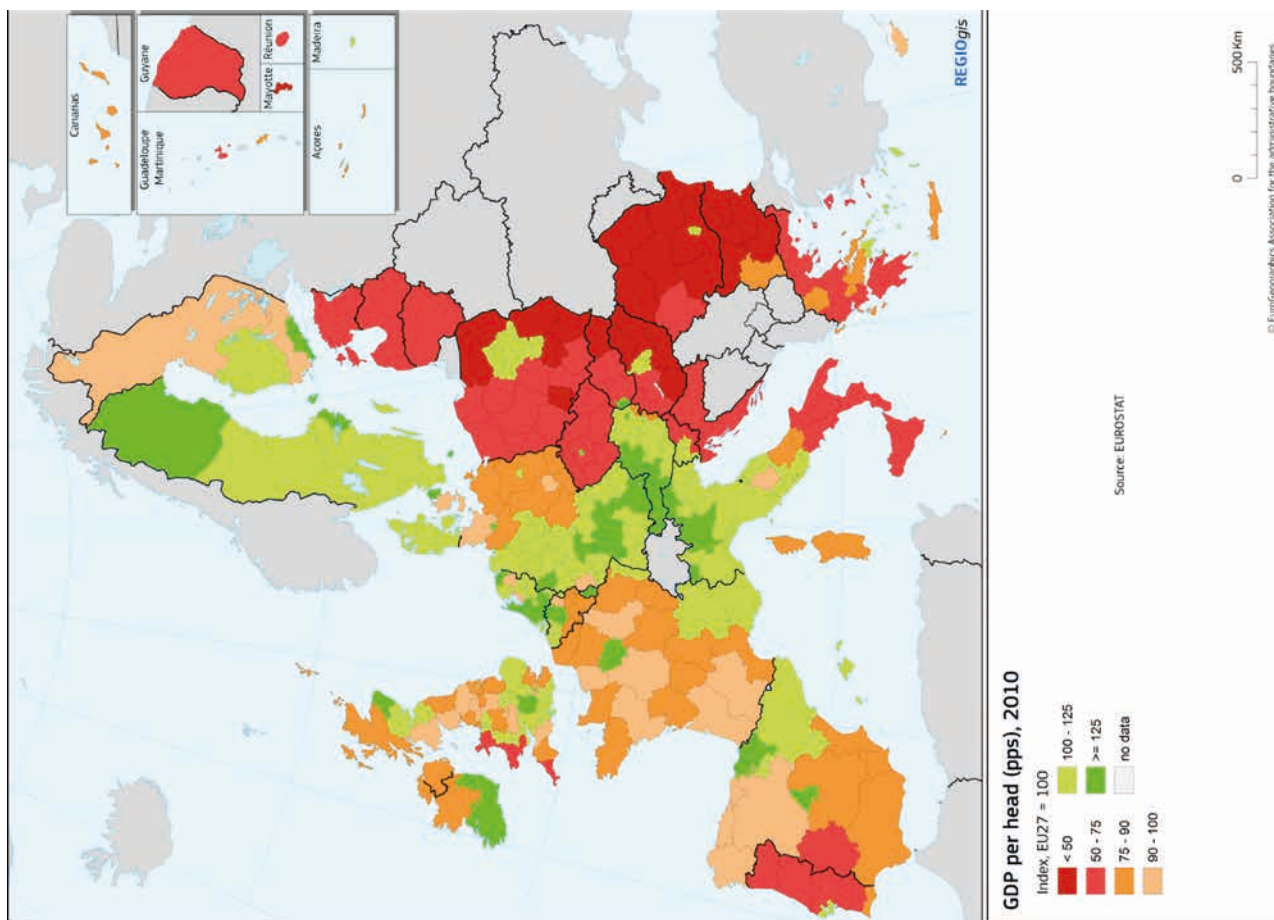
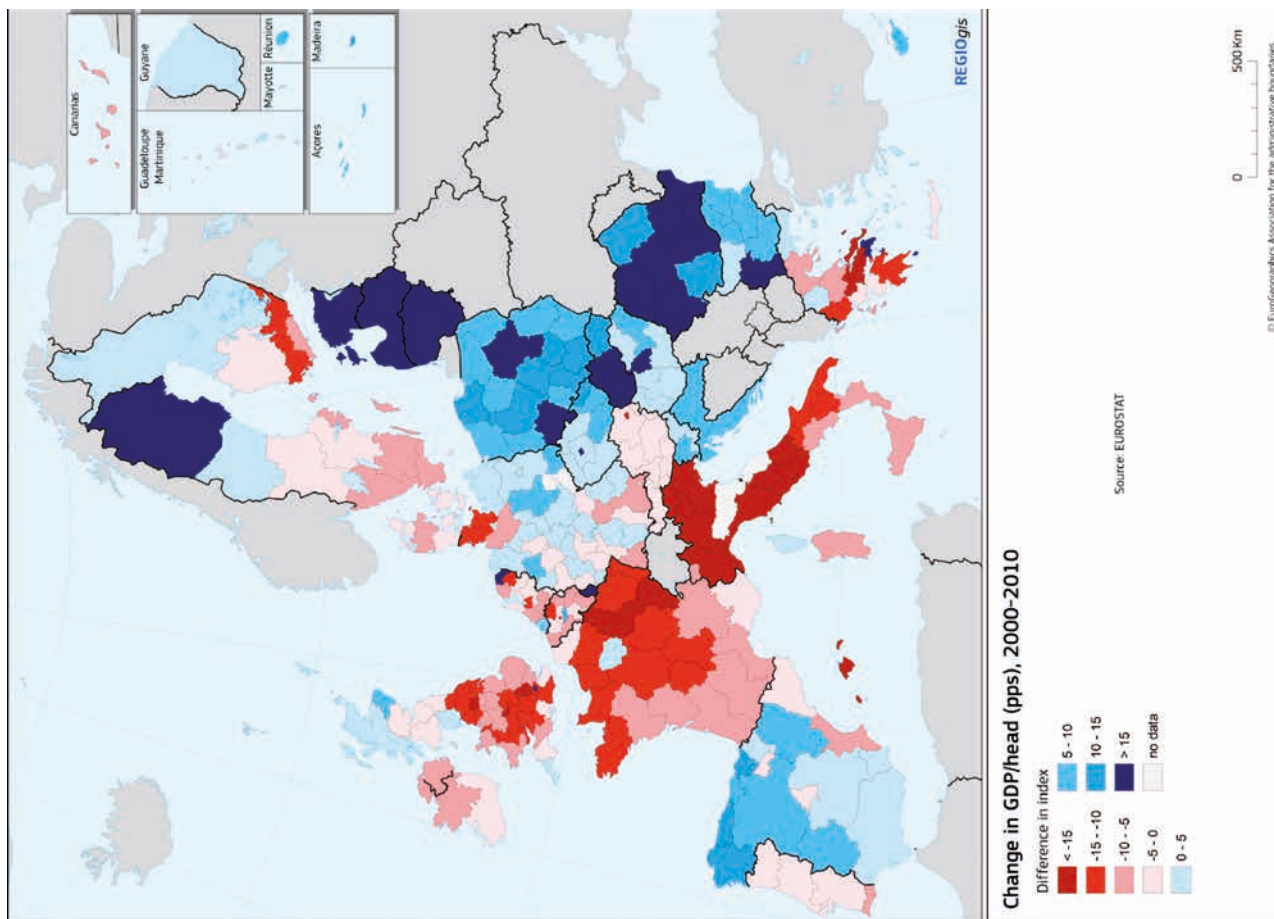
MS	Region	GDP per head in PPS, EU-27=100
UK	Inner London*	328
LU	Luxembourg (Grand-Duché)*	266
BE	Bruxelles-Capitale / Brussels Hoofdstedelijk Gewest*	223
DE	Hamburg*	203
FR	Île de France	180
NL	Groningen**	180
SK	Bratislavský kraj	176
CZ	Praha	172
SE	Stockholm	168
AT	Wien*	165

* Overstated due to commuter inflow

** Overstated due to GVA from off-shore gas production

This table shows the ten regions with the biggest increase in GDP per head in PPS between 2000 and 2010, in difference in index points

MS	Region	GDP per head in PPS, 2000-2010
SK	Bratislavský kraj	67
RO	Bucureşti - Ilfov	54
BG	Yugozapaden	38
CZ	Praha	34
NL	Groningen	31
PL	Mazowieckie	28
RO	Vest	26
UK	Inner London	26
HU	Közép-Magyarország	24
LU	Luxembourg	22



Europäische Kommission

Die regionale und urbane Dimension der Krise

Achter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt

2013 — 48 S. — 21,0 × 29,7 cm

ISBN 978-92-79-32716-2

doi:10.2776/82272

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- bei den Vertretungen und Delegationen der Europäischen Union.
Die entsprechenden Kontaktdaten finden sich unter <http://ec.europa.eu/>
oder können per Fax unter der Nummer +352 2929-42758 angefragt werden.

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).

Kostenpflichtige Abonnements (wie z. B. das *Amtsblatt der Europäischen Union* oder die *Sammlungen der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union*):

- über eine Vertriebsstelle des Amts für Veröffentlichungen der Europäischen Union (http://publications.europa.eu/eu_bookshop/index_de.htm).



Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-79-32716-2



9 789279 327162